Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Tagblatt. 1843-1937
1920

23 (23.1.1920) Erstes Blatt

Visual Library

Bezugspreis: in Karlsruhe frei ins Haus geliefert monatlich 2.40 Mk., vierteljährlich 7.20 Mk., an den Ausgabestellen abgeholt monatlich 2.30 Mk. Auswärts am Postschalter abgeholt monatlich 2.30 Mk., vierteljährl. 6.90 Mk., durch den Briefträger frei ins Haus gebracht monatlich 2.65 M., vierteljährl. 7.95 M.

Verlag, Schriftleitung und Geschäftsstelle Ritterstraße 1.

Karlsruher Tagblatt

Badische Morgenzeitung — Mit der Wochenschrift „Die Pyramide" — Badische Morgenpost

Anzeigen: Die 9gesp. Nonpareillezeile oder deren Raum 60 Pfg., Reklamezeile 2.— Mk., an erster Stelle 2.50 Mk. Rabatt nach Tarif. Anzeigen-Annahme bis 12 Uhr mittags, kleinere Anzeigen spätestens bis 4 Uhr nachmittags.

Fernsprechanschlüsse: Geschäftsstelle Nr. 203. Verlag Nr. 207. Schriftleitung Nr. 30 u. 948

Chefredakteur: Gustav Reppert; verantwortlich für Politik: Martin Holzinger; für Baden, Lokales und Volkswirtschaft: Heinrich Gerhardt; für Feuilleton: Carl Hessemer; für Inserate Paul Lustmann. Druck und Verlag: C. F. Müllersche Hofbuchdruckerei m. b. H., sämtliche in Karlsruhe. — Berliner Redaktion: Dr. Kurt Heinrich, Friedenau, Fregestraße 65/66. Teleph.-Amt Uhland 2962. Für unverlangte Manuskripte oder Drucksachen übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Rücksendung erfolgt, wenn Porto beigefügt ist.

117. Jahrg. Nr. 23. — Freitag, den 23. Januar 1920 — Erstes Blatt.

Die polnische Industrie und ihr innerer Markt.

Der neue polnische Zolltarif ersetzt die bisher an den verschiedenen polnischen Grenzen angewendeten Zollverordnungen, nämlich den deutschen, den früheren österreichisch-ungarischen, den alten russischen und den sogenannten Hindenburg-Tarif. Die in dem neuen Tarif festgelegten Zollsätze gelten einheitlich für die Einfuhr aller Waren aus dem Auslande nach Polen. Die Zölle verstehen sich in Gold; bei Zahlung in Papiermark wird ein Agio von zunächst 200 Prozent erhoben.

Auffallend ist es, daß die Einfuhr landwirtschaftlicher Produkte fast durchweg zollfrei erfolgen darf, offensichtlich, weil das Land trotz seines vorwiegend agrarischen Charakters gegenwärtig noch nicht so viel Nahrungsmittel erzeugt, um deren Absatz im Inlande durch Zollmaßnahmen vor dem ausländischen Wettbewerb schützen zu müssen. Sein Gepräge erhält der Tarif aber durch die hohen Zölle, die er auf Fabrikate, besonders die Erzeugnisse der Maschinen-, Metall- und der Textilindustrie, legt. Eine starke Anlehnung an den alten russischen Zolltarif mit seinem außerordentlich prohibitiven Charakter ist unverkennbar.

Der Grund, warum der polnische Staat fremde Industrieartikel von seinem Lande fernhalten und dadurch die einheimische Industrie stärken will, liegt zunächst in dem Bestreben der Polen, ihre staatliche Selbständigkeit zu einer wirtschaftlichen zu erweitern. In der Landwirtschaft hofft der polnische Staat in nicht zu ferner Zukunft die Erzeugung auf die Höhe des Bedarfs steigern und darüber hinaus ein ausfuhrfähiges Quantum erzielen zu können. Was aber die Industrie anbetrifft, so fühlen die Polen wohl, daß ihnen recht viel zu tun übrig bleibt. Sie entfalten denn auch in dieser Hinsicht eine sehr rege Tätigkeit. Besonders sind es die betriebsamen Posener Polen, die einen wahren Eifer hinsichtlich der Hebung der Landesindustrie an den Tag legen. Im Laufe des Vorjahres schritten sie an die Gründung verschiedener Unternehmungen in dem von ihnen beherrschten Gebiet, der Provinz Posen, haben aber wohl inzwischen eingesehen, daß die natürlichen Bedingungen, die diese Provinz bietet, der Schaffung großer Industrien nicht günstig sind. In der letzten Zeit haben sie daher eine andere Politik eingeschlagen. Gestützt auf ihre solide geleiteten und kapitalkräftigen Banken, voran die Bank Zwiazku Spolek Zarobkowych, die sich längst aus einer Kentralgenossenschaftskasse zu einer sehr unternehmenden Emissionsbank entwickelt hat, haben sie ihren Unternehmungsgeist nach den anderen polnischen Landesteilen, in denen bereits eine bodenständige Industrie vorhanden ist, verpflanzt. Die Gründung einer 100 Mill.-Gesellschaft in der galizischen Petroleumindustrie unter Führung der genannten Bank ist Beweis dafür. Weiter ist in den letzten Tagen unter Beteiligung Posener Banken in Loda eine Textilwarenfabrik unter der Firma „Tkanina" mit 3 Mill. Anlagekapital gegründet worden, womit erstmalig eine geschäftliche Verbindung zwischen Loda und Posen zustande gekommen ist. Am 15. Dezember v. J. haben die beiden nächstgrößten polnischen Banken in Posen, die Bank Handlowy und die Bank Przemyslowcow, in Warschau die Waggonfabrik „Wagon" mit einem Kapital von 10 Mill. Mark errichtet. Schließlich beginnt das Posener Kapital auch im Dombrowaer Montanrevier durch Beteiligung an dortigen Unternehmungen Boden zu gewinnen.

Der wichtigste Grund aber, der die polnische Regierung an die Förderung der einheimischen Industrie gegenüber dem Ausland denken läßt, ist die katastrophale Gestaltung der Handels- und damit der Zahlungsbilanz infolge der massenhaften Einfuhr ausländischer Fabrikate, der die polnische Volkswirtschaft in der letzten Zeit fast nur Rohprodukte, in erster Linie galizisches Erdöl, als Ausfuhrartikel gegenüberzustellen gewußt hat. So hat denn in der polnischen Presse ein eifriges Nachrechnen begonnen, welche Güter sonst noch im Lande aufzutreiben wären, mit denen die Einfuhr kompensiert werden könnte. In den zahlreichen Veröffentlichungen der letzten Zeit finden sich ziffernmäßige Angaben, die aber von einander abweichen und anscheinend mehr oder weniger willkürlich konstruiert sind. Die Hoffnung auf eine starke Hebung der Ausfuhr besteht einstweilen nicht. So erblickt man ein Heilmittel für die gesunkene Valuta vor allem in der Beschränkung der fremden Einfuhr unter Hebung der eigenen Erzeugung an Fabrikaten. Diese ist nach allen Berichten aus Polen außerordentlich stark gesunken. Die Schätzung des Verbrauchs an Industrieartikeln im abgelaufenen Jahre im Verhältnis zu der einheimischen Produktion lautet auf etwa das Zehnfache. Aus diesem Grunde ist man der Ansicht, daß es der Industrie an Arbeit für die Deckung des Landesbedarfs auf Jahre hinaus nicht fehlen würde. Eine andere Frage ist die, ob die polnischen Fabriken in der Lage sein werden, den an sie gestellten Anforderungen zu genügen. Zu diesem Zwecke ist eine weitgehende Umstellung der Betriebe erforderlich und geplant.

Wie schon ausgeführt, besteht nicht die Absicht, in den vormals preußischen Landesteilen eine bedeutende Industrie zu schaffen. Die Umschaltung der dortigen Volkswirtschaft soll in der Weise erfolgen und ist schon teilweise erfolgt, daß der Ueberschuß an landwirtschaftlichen Produkten, der bisher der Bevölkerung des Deutschen Reiches zukam, nach den vormals russischen und österreichischen Gebieten Polens übergeführt wird, andererseits der bisherige Posener und westpreußische Markt der deutschen Industrie gesperrt und für die polnische der anderen Gebiete erschlossen wird. Aehnliches gilt von Galizien. Hier soll vor allem die Industrie Böhmens, Mährens und Nieder-Oesterreichs, die früher Galizien als Absatzmarkt ihrer Erzeugnisse fast vollständig beherrschten, verdrängt werden. Galizien ist aber gegenüber den vormals preußischen Landesteilen insofern in einer anderen Lage, als es, wenigstens in normalen Zeiten, nicht nur landwirtschaftliches Ausfuhrland ist, sondern auch über große natürliche Reichtümer in seinem Boden verfügt, die überwiegend noch der Erschließung harren. Dies betrifft besonders die Kohle, deren Förderung in Galizien vor dem Kriege sich nur wenig über 1½ Mill. Tonnen jährlich erhob, trotzdem ihr Vorkommen auf das mindestens Zehnfache der eine weit höhere Produktion aufweisenden Kohlenbergwerke Kongreß-Polens und auf mindestens ⅓ der oberschlesischen Vorkommen geschätzt wird. Jener Industriestoff, der bisher für Galizien die größte Rolle spielte, das Erdöl, hatte in den anderen polnischen Gebieten vor dem Kriege so gut wie gar keinen Absatz, besonders nicht in Russisch-Polen, wo es gegen das kaukasische Petroleum nicht aufkommen konnte. Das soll jetzt anders werden.

Das Hauptaugenmerk der polnischen Regierung richtet sich aber auf jene Industrie, die in der polnischen Volkswirtschaft bisher die größte Rolle gespielt hat, nämlich jene des bisherigen Russisch-Polens. Die Umschaltung, die diese in ihrer Organisation zu dem bezeichneten Zweck vornehmen muß, ist recht weitgehend. Die industrielle Bevölkerung in Russisch-Polen bezifferte sich vor dem Kriege auf über 400 000. Davon entfielen allein auf die Textilindustrie mehr als 150 000, auf die Montanindustrie 50 000, auf die Metallindustrie 65 000, auf die chemische Industrie 10 000, auf die keramische Industrie 14 000, auf die Holzindustrie 18 000 und auf Zuckerfabriken, Brauereien und Brennereien 28 000. Die Gesamterzeugung erreichte einen Wert von 900 Mill. Rubel, wovon auf die Textilindustrie fast 400 Mill. entfielen. Mit dieser Erzeugung war der letztgenannte Industriezweig vor dem Kriege zum größeren Teil auf den weiten russischen Markt angewiesen. Die Ausfuhr dahin betrug im Jahre 1910 an Baumwoll- und Wollstoffen nicht weniger als 75 000 Tonnen, nach dem übrigen Auslande aber nur 2—3000. Leinen- und Hanfgewebe wurden überhaupt nur nach Rußland ausgeführt. Aehnlich war es in der Maschinen-, Metall- und vor allem der Warschauer Galanteriewarenbranche, deren Existenz ohne den innerrussischen Markt früher für undenkbar erachtet wurde.

Die Industrie des früheren Russisch-Polen, der der Staat die Aufgabe gestellt hat, sich die bezeichneten neuen Märkte zu erobern, begibt sich nach allem in ein völliges Neuland für sie. In einem gewissen Sinne wird ihr die Aufgabe dadurch erleichtert, daß sie überhaupt von unten her wiederaufbauen muß. Der genannte bedeutendste Industriezweig, die Textilindustrie, war während des Krieges fast vollständig lahmgelegt. Auch in dem abgelaufenen Jahr ist die Beschäftigung nur mäßig gewesen, und zwar hauptsächlich wegen der ausbleibenden Zufuhr an Rohstoffen. Die Zahl der beschäftigten Arbeiter ist bis Ende 1919, wie private Mitteilungen lauten, auf etwa 50 000 gestiegen. Die abgelieferten Stoffe finden aber ausschließlich für den Heeresbedarf Verwendung. In den anderen Industrien ist die Lage hinsichtlich der Beschäftigung ähnlich. Eine Ausnahme macht nur der Kohlenbergbau, in dem die Arbeiterzahl gegenüber der Friedenszeit sogar gestiegen ist. Dabei ist aber die Kohlenförderung noch nicht ganz auf die frühere Höhe gestiegen und genügt bei weitem nicht dem Bedarf der Industrie. Nach amtlichen Berechnungen wurden an Industriekohle in allen polnischen Landesteilen im Oktober 1919 369 880 Tonnen angefordert, dagegen nur 130 815 Tonnen geliefert. Für November lauten die entsprechenden Ziffern 338 800 Tonnen und 109 000 Tonnen. Daraus ist zu ersehen, daß es mit der Industrialisierung und der Deckung des heimischen Bedarfs an Fabrikation mit eigenen Erzeugnissen noch gute Wege hat.

Erzberger gegen Helfferich.

(Eigener Drahtbericht.)

h. **Berlin**, 22. Jan. Das Kreuzverhör Erzbergers dauerte bis zum Schluß der gestrigen Nachmittagsverhandlung. Mehr und mehr wurde Erzberger in die Enge gedrängt. Eindruck machte besonders folgende Erklärung Helfferichs: Ich könnte ja den Herrn Zeugen fragen, ob er für die Ausfuhrzölle mit derselben Leidenschaft eingetreten wäre, wenn er damals noch im Aufsichtsrat der Firma Thyssen gesessen hätte. Aber ich will ihn nicht in Verlegenheit bringen und verzichte auf diese Frage. Die Antwort überlasse ich der freien Beweiswürdigung des Gerichtshofes. Die Verhandlung wendet sich später den Eingaben der Firma Thyssen zu. Der Beklagte Helfferich hält es für besonders wesentlich, daß unmittelbar nach seiner Ernennung zum Staatssekretär eine Eingabe erging. Er hatte damals den Eindruck, daß auch im Sinne von Annexionen französischen Gebietes eingewirkt werden sollte. Erzberger dagegen bleibt dabei, daß er niemals für Enteignung von französischem Boden eingetreten sei und steht auf dem Standpunkt, daß auch in der Eingabe lediglich von Inbetriebnahme die Rede sei.

Vorsitzender: Wann sind Sie aus dem Aufsichtsrat der Firma Thyssen ausgeschieden?

Erzberger: Mitte September 1917.

Vorsitzender: Gingen die Bezüge noch einige Zeit weiter?

Erzberger: Ich glaube noch ein Quartal hindurch.

Vorsitzender: Wann traten Sie ein?

Erzberger: Am 1. Juni 1915.

Vorsitzender: Und was haben Sie in der ganzen Zeit für Bezüge gehabt?

Erzberger: Ich habe in den 2½ Jahren etwa 100 000 Mark bezogen. Erzberger erklärte, er sei ausgeschieden, weil nach dem Herauskommen der Friedensresolution ein Zusammenarbeiten nicht mehr möglich war.

Helfferich erklärte, er lege großen Wert auf die Feststellung, daß Erzberger Herrn Thyssen gegenüber erklärt habe, die Friedensresolution stehe seinen Zielen nicht im Wege. Ferner sei ihm die Feststellung wichtig, daß August Thyssen auf seinem Standpunkt stand und deshalb das Ausscheiden des Herrn Erzberger wünschte. (?)

Der 1. Staatsanwalt: Wenn ich nicht irre, ist auch einmal betont worden, daß Thyssen wegen Erzberger nähere Beziehungen zur Sozialdemokratie unterhielt.

Erzberger: Das ist richtig.

Vors.: Ich verstehe Herrn Helfferich dahin, daß er sagen will, Herr Thyssen habe seinerzeit Herrn Erzberger nahegelegt, auszuscheiden. Das wird am besten durch die Einvernehmung des Herrn Thyssen selbst zu klären sein.

Gegen Schluß der Nachmittagssitzung wird noch die Frage der Ausfuhrzölle angeschnitten. Während Erzberger hervorhebt, daß er sich niemals gegen Ausfuhrabgaben gesträubt habe, erklärte Helfferich: Gerade Ihre Stimme, Herr Erzberger, war entscheidend, daß die bereits vom Kaiser unterschriebene Vorlage über die Ausfuhrzölle scheiterte. Sie haben mich förmlich gezwungen, die Vorlage zurückzuziehen. Natürlich haben Sie nicht gesagt, daß Sie das tun, weil Sie Aufsichtsratsmitglied der Firma Thyssen waren. Es hatte aber kein anderer Abgeordneter so enge Beziehungen wie Sie zur Schwerindustrie. Helfferich erklärte weiter, daß er in den Zeugen nicht weiter dringen wolle.

Der Vorsitzende stellt noch fest, daß Erzberger allerdings seinen Standpunkt im Laufe der Jahre gewechselt habe, u. a. in seiner Haltung zur Sozialdemokratie.

Der Kaiserprozeß.

Ueberreichung der holländischen Note.

(Eigener Drahtbericht.)

h. **Haag**, 22. Jan. Wie aus zuverlässiger Quelle verlautet, wird die Antwortnote Hollands auf das Gesuch der Entente um Auslieferung des deutschen Kaisers am Freitag um 12 Uhr in Paris überreicht werden.

Eine neue Note an Holland.

Berlin, 22. Jan. Nach den Morgenblättern ist eine zweite Note an Holland abgegangen, in der mitgeteilt wird, daß das Mandat zur Uebernahme des Prozesses gegen den Kaiser England übertragen wurde. Ferner steht eine Note der Alliierten an Deutschland bevor, in der die Unterstützung der deutschen Regierung in der Auslieferungsforderung an Holland beansprucht wird.

Ein Appell Hollands an die Neutralen?

Stockholm, 21. Jan. „Svenska Dagbladet" erfährt, daß die holländische Regierung an alle übrigen neutralen Staaten einen Appell richten werde, um einen allgemeinen Protest gegen die Auslieferungsforderung und die erzwungene Verletzung des internationalen Asylrechtes zu veranlassen. Ein solcher Schritt erscheine wohl überlegt. Er könnte vielleicht die Einleitung zu einem gemeinsamen Vorgehen der Neutralen auch in anderen Fragen werden.

Englische Pressestimmen gegen den Kaiserprozeß.

Rotterdam, 21. Jan. Laut „Nieuwe Rotterdamschen Courant" erklären sich „Morning-Post" und „Manchester Guardian" gegen den Kaiserprozeß. Die „Morning-Post" schreibt: Es könne nicht bewiesen werden, daß der Kaiser die Haager Konvention verletzt habe, und einen Gerichtshof, der aus seinen Feinden bestehe, könne man nicht gutheißen.

„Manchester Guardian" schreibt: Der einzig mögliche Gerichtshof könne nur aus Neutralen bestehen.

„Daily Mail" meldet: Im Auslieferungsfalle würde der Kaiser auf einem britischen Kriegsschiffe nach England gebracht werden. Laut „Nieuwe Rotterdamschen Courant" meldet der „Globe" aus Paris, es werde mindestens 4 Monate dauern, ehe die Alliierten die Auslieferung des Kaisers erreichten. Lloyd George gehe ganz besonders darauf aus, den Kaiser vor Gericht zu bringen. Andere maßgebende Persönlichkeiten seien dagegen.

Das holländisch-deutsche Kreditabkommen.

(Eigener Drahtbericht.)

Haag, 22. Jan. (Niederländisches Corr.-Büro.) Das niederländische Ministerium des Aeußern teilt mit: Zwischen den Bevollmächtigten der niederländischen und der deutschen Regierung ist eine Uebereinstimmung wegen der ihren Regierungen zu unterbreitenden Vereinbarungen über den Deutschland zu gewährenden Kredit und die Einfuhr von Steinkohlen erreicht worden. Die Niederlande gewähren Deutschland einen Kredit von 200 Millionen Gulden, ablösbar spätestens in 10 Jahren. Von diesem Kredit sind 60 Millionen Gulden für den Ankauf von Lebensmitteln niederländischen oder niederländisch-indischen Ursprungs in den Niederlanden bestimmt. Der Betrag von 140 Millionen Gulden dient zum Ankauf von Rohstoffen und hat den Charakter eines erneuerbaren Kredits. Deutschland verpflichtet sich seinerseits zur vierjährigen Fortsetzung seiner Kohlenlieferungen, zu denen es sich im Kohlenabkommen, das seit 31. Dezember in Kraft ist, verpflichtet hat. Außerdem ist eine befriedigende Regelung über die Ausbeutung der in unmittelbarer Nähe der Limburger-deutschen Grenze gelegenen Kohlenbergwerke, die sich bereits in den Händen von niederländischen Gesellschaften befinden, erreicht worden. Die getroffenen Vereinbarungen müssen eventl. von den Generalstaaten genehmigt werden.

*

Lösung der Scheldefrage?

(Eigener Drahtbericht.)

Köln, 22. Jan. Die britische Gesandtschaft in Brüssel ließ den belgischen Blättern eine Mitteilung zugehen, nach der die Schelde in Kriegszeiten für Kriegsschiffe gesperrt sei. Die Mächte seien zu der Ansicht gelangt, daß diese Regelung sich als die vorteilhafteste für alle Teile erweise. In Kriegszeiten müßten die belgischen Kriegsschiffe bei der niederländischen Regierung die Erlaubnis einholen, um die Schelde in den niederländischen Hoheitsgewässern zu benutzen. Die Mitteilung gibt laut „Köln. Ztg." noch bekannt, daß keine Gebietsabtrennung Hollands an Belgien erfolgen dürfe. Die drei Verträge von 1839 sollen durch die neuen ersetzt werden.

Der deutsche Besitz in Amerika.

(Eigener Drahtbericht.)

Frankfurt a. M., 22. Jan. (Wolff.) Die „Frankf. Ztg." bringt eine Meldung aus Neuyork, nach der der amerikanische Kongreß sich in der nächsten Woche mit einer Reihe von Gesetzesvorlagen zu befassen hat, die die Verhandlungen des beschlagnahmten deutschen Vermögens regeln sollen. Nach dem Vorschlage der Regierung sollen aus den Vermögensstücken je nach Art des Eigentümers fünf Gruppen gebildet werden. Die ersten beiden Gruppen umfassen amerikanische Bürger und geborene Amerikaner. Diesen sollen die beschlagnahmten Werte zurückerstattet werden. Aus den den anderen 3 Gruppen gehörenden Vermögensstücken sollen die amerikanischen Schadenersatzansprüche gedeckt werden.

Zusammenbruch des Eisenbahnerstreiks in Italien.

(Eigener Drahtbericht.)

Mailand, 22. Jan. (Wolff.) Wie der „Corriere della Sera" berichtet, steht der Eisenbahnerstreik schon jetzt am zweiten Tage vor dem Zusammenbruch. Verschiedene Sabotageakte werden gemeldet. Die Regierung hat daher strenge Weisung ergehen lassen für den Fall, daß der Streik doch wider Erwarten einen revolutionären Charakter annehmen sollte. Die Regierung ist völlig Herrin der Lage. Zwischen der Vertretung der Eisenbahner und Industriellen hat in Mailand eine Besprechung stattgefunden. Es wird wahrscheinlich durch die Industriellen zwischen den Streikenden und der Regierung vermittelt werden.

Die zukünftige Reichswehr.

Von Generalmajor z. D. Groß.

Der Nationalversammlung wird demnächst das neue „Reichswehrgesetz" zur Beratung zugehen, das für unsere Wehrmacht vom 1. April d. J. grundlegend sein soll. Ihre Stärke ist ja durch den Friedensvertrag bereits auf nur 100 000 Mann festgesetzt worden. Wenn auch über das Gesetz Näheres noch nicht bekannt ist, so darf man doch annehmen, daß für das neue Heer die Bestimmungen über die Bildung der vorläufigen Reichswehr vom 6. März v. J., und die Ausführungsbestimmungen dazu maßgebend sein werden. Es dürfte daher von Interesse sein zu sehen, wie sich danach die neue deutsche Wehrmacht gestalten wird. Die allgemeine Wehrpflicht und die Dienstpflicht, auf denen unser altes Heer aufgebaut waren, sind beseitigt. Die Reichswehr wird auf demokratischer Grundlage geschaffen; bewährten Unteroffizieren und Mannschaften wird die Offizierslaufbahn geöffnet sein. Sie steht unter dem Oberbefehl des Reichspräsidenten; die Ausübung der Befehlsgewalt wird dem Reichswehrminister übertragen, dem damit auch das Besichtigungsrecht zusteht. Die Befehlsgewalt bei den höheren Verbänden, bei den Truppen und Behörden üben die Führer aus, doch haben bei Erlaß von Anordnungen, die sich auf die Fürsorge für die Truppe, auf Urlaub und Beschwerden beziehen, von allen Angehörigen der betreffenden Truppen und Behörden gewählte Vertreter mitzuwirken. Solche Vertrauensleute, die das Bindeglied zwischen Führer und Truppe bilden sollen, werden sich bei jeder Dienststelle, von der Kompagnie bis zum Reichswehrminister befinden. Offiziere in Generalsstellen werden vom Reichspräsidenten auf Vorschlag des Reichswehrministers ernannt, versetzt und entlassen werden. Der Eintritt in die Reichswehr ist freiwillig, die Annahme erfolgt durch die Wehrkreiskommandos, die den früheren Generalkommandos ungefähr entsprechen. Offiziere, Unteroffiziere und Beamte des alten Heeres werden mit ihren bisherigen Rechten in die Reichswehr übernommen; die Zugehörigkeit zu dieser gilt als Fortsetzung ihres früheren Dienstverhältnisses. An Stelle des Fahneneides tritt ein Gelöbnis. Jeder Angehörige der Reichswehr hat Anspruch auf Urlaub, der nach Dienstgrad und Dienstzeit gestaffelt ist. Vorgesetzter ist jeder, der auf Grund militärischer Vorschriften berechtigt ist, Befehle zu erteilen, jedoch erstreckt sich diese Befugnis nur auf militärdienstliche Angelegenheiten. Offiziere einer höheren Hauptklasse sind Vorgesetzte aller Offiziere niederer Hauptklassen. Jeder Offizier ist ferner Vorgesetzter aller Unteroffiziere und Mannschaften, jeder Unteroffizier Vorgesetzter der Mannschaften. Die Verpflichtung zum Dienst in der Reichswehr ist für Mannschaften auf 12 Jahre, für Offiziere auf 25 Jahre bemessen. Vorbedingung für die Einstellung ist die Vollendung des 17. Lebensjahres und Kriegsbrauchbarkeit. Ausgeschlossen sind Personen, die aus dem Heer entfernt, mit Zuchthaus, Ehrenstrafen oder Versetzung in die zweite Klasse des Soldatenstandes und solche, die wegen Diebstahls, Unterschlagung, Betruges mit Gefängnis über einen Monat bestraft sind. Militärgerichtsbarkeit und Ehrengerichte werden aufgehoben; dagegen bleibt die bisherige Disziplinarstrafordnung bis auf weiteres in Kraft; jedoch darf strenger Arrest nur vom Regimentskommandeur und nicht über 5 Tage verhängt werden. Ueber den militärischen Gruß ist bestimmt, daß zwar kein Zwang dazu bestehen soll, daß aber Vorgesetzte und Untergebene zum Gruß verpflichtet sind.

Die Reichswehr darf nicht mehr als 7 Infanterie- und 3 Kavalleriedivisionen umfassen, wird also nur ein Achtel der früheren Friedensstärke des alten Heeres haben. Die Kriegsministerien der Bundesstaaten und die Generalkommandos sind bereits am 1. Oktober v. J. aufgelöst worden. An Stelle der ersten ist das Reichswehrministerium getreten, in dem auch die oberste Marinebehörde, der Admiralstab, vertreten ist. Dem Reichswehrminister nachgeordnet ist der Chef der Heeresleitung, jetzt Ge-

Die heutige Nummer unseres Blattes umfaßt 8 Seiten.

neral Reinhardt, und der Chef der Admiralität, jetzt Kontreadmiral v. Trotha. Das Ressort der Heeresleitung umfaßt 7 Aemter: Zentralamt, Personalamt, allgemeines Truppenamt, Waffenamt, Heeres- und Verwaltungsamt, Feldzeugmeisteramt und Sanitätsabteilung. Der Admiralsstab gliedert sich in drei Aemter und einige selbständige Abteilungen: Marine-Kommandoamt mit nautischer Abteilung, allgemeines Marineamt und Marineverwaltungsamt. Hierzu kommen Zentralabteilung, Etatsabteilung, Personalabteilung, Justiz- und Medizinalabteilung. Dem Reichswehrminister unmittelbar unterstellt ist sein persönlicher Stab, eine Kassenverwaltung und eine neu gegründete Fürsorgeabteilung. Diese soll für Belehrung und Weiterbildung der Reichswehrangehörigen während ihrer Dienstzeit sorgen, damit sie bei ihrem Austritt für einen anderen Beruf befähigt sind. Sie soll ferner ein Zusammenarbeiten mit anderen Behörden und Einrichtungen und auch mit der Presse aufrecht erhalten und fördern.

Für die Länder Preußen, Bayern, Sachsen, Württemberg, Baden und Hessen sind schon jetzt besondere Landeskommandanten ernannt worden. An die Stelle der früheren Generalkommandos treten, entsprechend der Zahl der Infanterie-Divisionen, 7 Wehrkreiskommandos in Königsberg, Stettin, Berlin, Dresden, Stuttgart, München und Münster. Die Wehrkreise sind zugleich die Ergänzungsbezirke der Infanterie-Divisionen; für die Kavallerie sind solche nicht festgesetzt; sie wird sich aus dem ganzen Lande ergänzen. Zu jeder Division werden 2 Brigaden mit 2 Infanterie-Regimentern, 1 Kavallerie-Regiment und 1 Radfahrer-Kompagnie gehören. Das Regiment wird 3 Bataillone, bezw. 3 Eskadrons haben, das Bataillon 3 Kompagnien. Zu jedem Infanterie-Regiment wird eine Minenwerfer-Kompagnie, eine Nachrichten-Kompagnie und eine Infanterie-Geschütz-Batterie gehören, zu jedem Kavallerie-Regiment eine Maschinengewehr-Abteilung. Zur Division wird ferner gehören ein leichtes Artillerie-Regiment zu 3 Abteil. mit je 3 Batterien und eine Minenwerfer-Batterie, ein Pionier-Bataillon zu 2 Kompagnien und die nötigen technischen Truppen, wie Brückentrain, Scheinwerfer- oder Beleuchtungstrupp, Nachrichten- und Fernsprecher-Abteilung, Kraftfahrer, Staffelstab- und Feldkolonnen, Sanitäts-Kompagnie. Eine große Anzahl deutscher Städte wird ihre Garnison ganz oder teilweise verlieren.

Die Kosten für die Reichswehr werden die Aufwendungen für das alte stehende Heer von 800 000 Mann, die für 1914 1,2 Milliarden Mark betrugen, wohl ganz erheblich übersteigen, schon weil allein die Geldbezüge des Reichswehrmannes zusammen mit dem Geldwert der Naturalbezüge ungefähr dem Durchschnittslohn eines Arbeiters entsprechen sollen. Für den Uebergang in einen bürgerlichen Beruf am Ende der Dienstlaufbahn wird eine Dienstprämie und Anwartschaft auf Anstellung oder eine Geldabfindung gewährt werden. Die Offiziere, die sich auf 25 Jahre verpflichten müssen, erhalten nach dem Ausscheiden Pensionen oder Anstellungen im Reichs-, Landes- oder Gemeindedienst.

Die neue Wehrmacht kann bei ihrer geringen Stärke nur für die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung im Innern und vielleicht noch für den Grenzschutz Verwendung finden. Je geringer an Zahl sie ist, desto besser muß ihre Zusammensetzung und ihr innerer Wert sein. Dazu gehört vor allen Dingen, daß in ihr der Geist der Manneszucht und Pflichttreue, wie er das alte Heer stets ausgezeichnet hat, wieder lebendig werde.

Auswärtige Staaten.

Deschanels Kammerpräsidentschaft.

(Eigener Drahtbericht.)

Paris, 22. Jan. (Verspätet eingetroffen.) Deschanel wird sein Amt als Kammerpräsident erst am 8. Februar, dem Tage seines Einzugs in das Elysee, niederlegen. In der Zwischenzeit wird der Vizepräsident Raoul Peret die Leitung der Kammer übernehmen.

Französische Kritik am neuen Kabinett.

Paris, 22. Jan. Der „Temps" ist mit der politischen Zusammensetzung des Ministeriums Millerand nicht zufrieden. Die parlamentarischen Kreise und vielleicht auch das Land seien etwas erstaunt. 12 Portefeuille von 21 seien den radikalen und republikanischen Sozialisten übertragen worden, nur 7 den Linksrepublikanern und je 1 Portefeuille den Progressisten und Liberalen. Das Blatt fragt: Ist das eine Widerspiegelung der Kammer, wie sie aus den Wahlen am 16. November hervorgegangen ist? Hat man diese Konzessionen besonders an die Radikalen gemacht?

„Intransigeant" sagt: Das Ministerium Millerand enthalte außer seinem Chef keine großen Kräfte. Deshalb habe es auch vorgestern in den politischen Kreisen eine ziemlich kühle Aufnahme gefunden. Namentlich die Zuweisung des Ministeriums des Innern an Steeg habe zum Teil die schlechte Aufnahme gerechtfertigt.

Auch die „Liberté" wirft Millerand vor, er habe zu sehr dem Einfluß der Wandelgänge im Parlament nachgegeben. Man erklärt es sich kaum, daß gerade die Gruppen begünstigt worden seien, deren Stärke das allgemeine Stimmrecht am meisten geschwächt habe, und daß die republikanische Gruppe der demokratischen Entente, die die zahlreichste der Kammer ist, die geringste Anzahl von Portefeuilles erlangt habe.

Der deutsche Geschäftsträger in Paris.

Paris, 22. Jan. (Havas.) Die deutsche Regierung ersuchte gestern vormittag durch die Vermittlung der schweizerischen Regierung die französische Regierung um die Genehmigung der Ernennung von Mayer-Kaufbeuren zum Geschäftsträger in Paris. Die französische Regierung hat gestern nachmittag ihr Agrément erteilt.

b. **Paris**, 22. Jan. (Eig. Drahtbericht.) „Journal" bringt eine Unterredung mit dem deutschen Geschäftsträger Dr. Mayer, der u. a. erklärte: Meine Mission ist begründet auf der strikten und loyalen Ausführung des Friedensvertrages ohne jeden Hintergedanken.

Amerikanischer Valutakredit für Oesterreich.

(Eigener Drahtbericht.)

Wien, 22. Jan. (Wolff.) An die Mitteilung über den amerikanischen 70 Millionen Dollar-Kredit an Oesterreich knüpfte der Staatssekretär für Finanzen in der Nationalversammlung folgende Bemerkung: Die Aenderung des bisherigen Standpunktes der amerikanischen Regierung hinsichtlich der Kreditbilfe für Europa, insbesondere für Oesterreich, müssen wir in allergrößter Dankbarkeit begrüßen, um so mehr als damit die Voraussetzung, welche Frankreich und England wegen einer Kreditbilfe ihrerseits aufstellten, erfüllt ist, so daß wir nunmehr viel größere Aussicht haben, Valutakredite zu bekommen, als es noch vor kurzem den Anschein hatte.

*

Wien, 22. Jan. (Eig. Drahtber.) (Wolff.) Der „Neuen Freien Presse" zufolge begeben sich die Staatssekretäre Dr. Reisch und Löwenfeld-Ruß am 25. Januar zu Verhandlungen über Lebensmittelkredite nach Paris.

Die Entente und Sowjetrußland.

(Eigener Drahtbericht.)

Amsterdam, 22. Jan. Das Reutersche Büro meldet, daß der in London befindliche Sekretär des Ausschusses der russischen kooperativen Vereinigung die Mitteilung erhalten hat, daß der Oberste Rat die Absendung drahtloser Meldungen nach Moskau gestatte. Der russischen kooperativen Abordnung ist die Erlaubnis erteilt worden, sich nach Moskau zu begeben. Die Abordnung reist sofort ab. Der Präsident und der Vizepräsident fahren nach Paris, um sich mit den Alliierten über die Handelsbedingungen zu beraten.

Bagdad—Bassora.

(Eigener Drahtbericht.)

Amsterdam, 22. Jan. (Wolff.) Einer Blättermeldung zufolge hat am 15. Januar die feierliche Eröffnung der Bahnstrecke Bagdad—Bassora durch den englischen Oberbefehlshaber stattgefunden.

Das neue portugiesische Kabinett.

Lissabon, 22. Jan. (Wolff.) Das Kabinett hat sich unter dem Vorsitz von Domingo Pereira (Demokrat) gebildet. Es umfaßt 4 Demokraten, 4 Liberale, 2 Unabhängige und einen Sozialisten. Mello Baretto hat das Portefeuille des Aeußern übernommen.

Der Präsidentschaftswahlkampf in den Vereinigten Staaten.

Neuyork, 22. Jan. Die „World", das getreueste Organ Wilsons, eröffnet einen Wahlfeldzug für Hoover. Das Blatt sagt, Hoover sei als Nachfolger Wilsons der geeignetste Mann.

Die deutsche Republik.

Reichsetat 1920.

Dem Reichshaushaltsplan für das Rechnungsjahr 1920 wird diesmal von weiten Kreisen mit besonderem Interesse entgegengesehen, zumal seine außergewöhnliche Höhe und sein äußerst ungünstiger Abschluß entscheidend für die Anforderung neuer Mittel und neuer Belastungen sein werden. Während vor dem Kriege der Reichshaushaltsplan stets um den 20. Januar im Reichstage eingebracht worden ist, läßt sich für den fälligen Haushaltsplan der Zeitpunkt seiner Vorlage noch nicht absehen, da, wie verlautet, die Vorarbeiten noch weit im Rückstande sind. Mit dem Reichshaushaltsplan kommt auch der Entwurf für die Neuordnung der Beamtengehälter zur Vorlage. Die Besoldungsreform wird tiefeingreifende Aenderungen bringen und ihre parlamentarische Erledigung dürfte sich nicht leicht gestalten. Die Zahl der Beamten ist durch die neuen Ministerien und Behörden außerordentlich gewachsen und in steter Zunahme begriffen, dazu kommt eine bedeutende Vermehrung der auf Privatdienstvertrag angenommenen Hilfskräfte.

Trimborn — Parteichef.

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 22. Jan. (Wolff.) In der heutigen Schlußsitzung des Zentrumsparteitages wurde der Abg. Trimborn zum 1. Vorsitzenden der Zentrumspartei gewählt.

Die Teuerungszulagen für die Reichsbeamten.

(Eigener Drahtbericht.)

b. **Berlin**, 22. Jan. Die von den gesetzgebenden Körperschaften des Reiches bewilligte Erhöhung der laufenden Teuerungszulagen für die Reichsbeamten um 150% für die Zeit vom 1. Januar bis zum 31. März erstreckt sich auch auf sämtliche Pensionäre und Hinterbliebenen, die bisher Teuerungszulagen erhalten haben oder nach den maßgebenden Grundsätzen erhalten können.

Die Teuerungszulage in Preußen genehmigt.

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 22. Jan. (Wolff.) In der preußischen Landesversammlung wurde heute der Antrag der Regierung auf Erhöhung der Teuerungszulage für Beamte um 150% einstimmig angenommen.

Der Wendenführer Barth verurteilt.

Am Montag hatte sich der bekannte Wendenführer, Kaufmann und Wirtschaftsbesitzer Ernst August Barth, der im alten sächsischen Landtag einen wendischen Wahlkreis vertreten hatte und der Konservativen Partei angehörte, vor dem vereinigten 2. und 3. Strafsenat des Reichsgerichts wegen versuchten Landesverrats zu verantworten. Der Angeklagte, der am 29. August 1870 in Litten bei Bautzen geboren wurde, wurde beschuldigt, im April 1919 in Paris als Deutscher während eines gegen das Deutsche Reich ausgebrochenen Krieges versucht zu haben, einer feindlichen Macht Vorschub zu leisten und die Kriegsmacht des Deutschen Reiches zu schädigen, indem er einem Vertreter des deutschfeindlichen Blattes „Le Matin" für die Adresse des französischen Kriegsministers bestimmte Mitteilungen machte und behauptete, das Deutsche Reich mobilisiere im geheimen wieder und verheimliche die Herstellung von Kriegsmaterial und Eisenbahnen. Am Mittwoch wurde das Urteil gefällt. Barth wurde wegen versuchten Landesverrats und versuchter Anstiftung zum Briefschmuggel zu 3 Jahren Festungshaft und zum Verluste seiner Aemter verurteilt. In der eingehenden Urteilsbegründung gab der Präsident eine Darstellung von der Bewegung der Lausitzer Wenden. Diesen Bestrebungen hatte sich der Angeklagte, wie wir verschiedentlich meldeten, angeschlossen und sich dabei strafbaren Handlungen in zwei Fällen schuldig gemacht.

Erzberger und das bayerische Eisenbahndefizit.

(Drahtmeldung uns. Münchener Korrespondenten.)

fr. **München**, 22. Jan. Der Fehlbetrag der Bayerischen Staatseisenbahnen beträgt nicht 6 Milliarden Mark, wie Reichsfinanzminister Erzberger kürzlich in einer Sitzung der Deutschen Nationalversammlung behauptet hat, sondern 600 Millionen Mark.

Max Weber und die Arco-Demonstration.

(Drahtmeldung uns. Münchener Korrespondenten.)

fr. **München**, 22. Jan. Am Mittwoch wurde das Kolleg des Universitätsprofessors Dr. Max Weber wegen seiner Stellungnahme gegenüber jenen Studenten, die an der Demonstration zugunsten des Grafen Arco-Valley teilgenommen hatten, von der nationalistischen und antisemitischen Studentenschaft gesprengt. Der vom Rektor der Universität unternommene Vermittlungsversuch blieb erfolglos.

Letzte Nachrichten.

Sensation.

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 22. Jan. (Wolff.) Der Pariser Berichterstatter der Stockholmer Zeitung „Afton Todningen" hat seinem Blatte unter Bezug auf eine ungenannte schweizerische Quelle die angebliche Auslieferungsliste der Entente gedrahtet, in der eine größere Anzahl deutscher Persönlichkeiten, hauptsächlich militärische, aber auch Journalisten, namentlich angeführt werden. Der Urheber dieser Meldung, der es offenbar für angängig hielt, ohne die Zuverlässigkeit seiner Mitteilung auch nur im geringsten zu prüfen, eine Reihe von Deutschen durch eine derartige Denunziation bei den früheren Gegnern einer leichtfertigen und gewissenlosen Sensation zu opfern, ist bedauerlicherweise Reichsdeutscher und heißt Hans von Hülsen.

Die fremden Truppen für die Abstimmungsgebiete.

(Eigener Drahtbericht.)

Paris, 22. Jan. (Reuter.) England hat dem Obersten Rat mitgeteilt, daß es nicht imstande sei, seinen Anteil an Truppen für die Abstimmungsgebiete Schlesien, Schleswig, Allenstein usw. zu stellen. Es wird berichtet, daß Italien gleiche Schritte getan habe. Die Aufgabe, den Polizeidienst in den Abstimmungsgebieten zu versehen, wird auf Frankreich allein fallen. Wie verlautet, war England um die Stellung von 25 Bataillonen ersucht worden.

Berlin, 22. Jan. (Eig. Drahtber.) Mitten in Berlin, Ecke Linien- und Grenadierstraße, wurde gestern abend eine Frau Crohn von Räubern überfallen und um 200 000 Mk. beraubt, die sie in einer Handtasche bei sich trug. Auf die Wiederbeschaffung des Geldes ist eine Belohnung von 10 000 Mk. ausgesetzt worden.

Bochum, 22. Jan. (Eig. Drahtber.) Ein Automobil der Belegschaft „Konstantin", in dem Beamte des Hauptbüros Lohngelder nach Schacht 6 bringen sollten, wurde heute morgen 7 Uhr von drei Straßenräubern überfallen. Die bewaffneten Burschen raubten die Lohngelder in der Höhe von 337 000 Mk., mit denen sie in der Dunkelheit entkamen.

Wien, 22. Jan. Die österreichische Regierung hat die in Karlstein internierten ungarischen Kommunisten mit Ausnahme von 12, darunter Bela Kun, freigelassen.

Aus den Parteien.

Zur Nachahmung empfohlen.

Wie schon früher berichtet, hat die Karlsruher Wahlkreiskonferenz der Sozialdemokratischen Partei beschlossen, von ihren Mitgliedern ein sogenanntes „Parteiopfer" für die kommenden Wahlen zu erheben. Jedes Mitglied hat, falls sein Einkommen bis zu 10 000 ℳ beträgt, einen Sonderbeitrag von 10 ℳ zu bezahlen. Mitglieder mit einem Einkommen von über 10 000 ℳ sollen 5 Prozent des den Betrag von 10 000 ℳ übersteigenden Einkommens zum Wahlfond beisteuern. Der Beschluß wird damit begründet, daß der kommende Wahlkampf für die Sozialdemokratische Partei wohl der schwerste sein wird, den sie seit ihrem Bestehen zu führen hatte und daß die Ausgaben für Drucksachen usw. gegen früher um ein vielfaches gewachsen seien.

Wir empfehlen dieses Vorgehen der Sozialdemokratischen Partei auch den Organisationen der Deutschen Demokratischen Partei zur Nachahmung. Es ist eine alte Klage, daß die Anhänger der nichtsozialdemokratischen Parteien an Opferwilligkeit weit hinter den Sozialdemokraten zurückstehen. Das muß in Zukunft anders werden. Die Kosten für die Aufrechterhaltung geordneter Parteibetriebe, insbesonders aber die Wahlkosten, sind in einem Maße gestiegen, daß mit den bisherigen Beiträgen nicht mehr auszukommen ist. Wir hoffen, daß die Anhänger der Deutschen Demokratischen Partei hierfür Verständnis haben und daß sie sich durch die Opferwilligkeit der Sozialdemokraten nicht mehr beschämen lassen. Jedenfalls sollte alles getan werden, um die finanzielle Rüstung der Partei für den bevorstehenden Wahlkampf auf die wünschenswerte Höhe zu bringen. Den Weg dazu zeigt der oben erwähnte Beschluß der Sozialdemokratie.

Badischer Landtag.

Der Landtag und die Erhöhung der Zulagen.

Der Haushaltausschuß des Landtags erklärte sich in seiner gestrigen Sitzung vorbehaltlich der Zustimmung des Plenums grundsätzlich damit einverstanden, daß alsbald im Freiburger Kollegiengebäude eine mensa academica (größere Speiseanstalt für Studierende) eingerichtet werde; gleiche Einrichtungen sind auch für die beiden anderen badischen Hochschulen in Aussicht genommen.

Der Ausschuß befaßte sich dann in Abwesenheit des dienstlich in Berlin festgehaltenen Finanzministers mit der Frage der Bewilligung erhöhter Teuerungsbeihilfen für die Beamten und Arbeiter. Auf einen Vorschlag des Redners der demokratischen Fraktion erklärte sich der Staatspräsident bereit, dafür Sorge zu tragen, daß dem Landtag in seiner heutigen Sitzung eine Vorlage zugeht, worin die Gewährung eines Vorschusses für den Monat Januar für die Beamten und Arbeiter einschließlich der Ruhegehalts- und Rentenempfänger sowie der Beamtenwitwen angefordert wird.

Ein demokratischer Antrag.

Ueber die Erhöhung der Höchstpreise für landwirtschaftliche Erzeugnisse haben die Mitglieder der demokratischen Landtagsfraktion folgenden Antrag eingebracht:

„Die Regierung wird ersucht, bei der Reichsregierung mit aller Energie darauf zu drängen, daß mit Rücksicht auf die eingetretene Erhöhung der Produktionskosten vor Beginn der Frühjahrsbestellung, also in den nächsten Wochen, die Höchstpreise für die wichtigsten landwirtschaftlichen Produkte, namentlich Getreide, aber auch Kartoffeln, Fleisch und Milch, beträchtlich erhöht werden. Nur auf diese Weise erachten wir es für möglich, die ungünstige Verschiebung der landwirtschaftlichen Produktion in der Richtung der Erzeugung nichtlebenswichtiger landwirtschaftlicher Produkte zum Stillstand zu bringen und die Menge der landwirtschaftlichen Produktion an Brotgetreide, Kartoffeln, Fleisch, Milch und Fett im Interesse der notleidenden Verbraucher zu steigern. Familien mit unzureichendem Einkommen sollen mit Nahrungsmitteln zu billigerem Preise beliefert werden."

Die Gründe, die die Fraktion zur Einreichung dieses Antrages veranlaßt haben, sind in großen Zügen in dem in der Donnerstagsnummer unseres Blattes abgedruckten Artikel des Landtagsabgeordneten Dr. Gothein „In letzter Stunde" angedeutet.

Von der Tagesordnung abgesetzt.

Der Minister des Aeußern Dietrich ist erkrankt und kann der auf Freitag angesetzten Sitzung des Landstags nicht anwohnen. Aus diesem Grunde ist die zur Beratung gestellte förmliche Anfrage über den Tarifvertrag zwischen der Generaldirektion und den Eisenbahnarbeitern und über die Frage der Wiedereinführung der Akkordarbeit von der Tagesordnung abgesetzt worden.

Antrag.

Mehrere Mitglieder der Zentrumsfraktion des Landtags haben den Antrag gestellt, die Regierung möge im Hinblick auf die Steigerung der Lebensmittelpreise und der Preise für die Gebrauchsgegenstände dem Landtag eine Vorlage unterbreiten, in der eine weitgehende Fürsorge für jene Kreise der Bevölkerung vorgesehen wird, die, wie z. B. die Kleinrentner, die Pensionäre und die Rentenempfänger aus sozialen Versicherungen nicht in der Lage sind, ihr kleines Einkommen entsprechend der allgemeinen Verteuerung der ganzen Lebenshaltung zu erhöhen.

Aus der sozialdemokratischen Landtagsfraktion.

Als Vertreter auf der badischen Schulkonferenz wurden in der letzten Fraktionssitzung bestimmt: die Abgeordneten Maier-Heidelberg, Dr. Kraus und Frau Kunigunde Fischer.

In der gleichen Sitzung wurde auch der Fraktionsvorstand neu besetzt, und zwar wurde bestimmt: Abg. Marum zum 1., Maier-Heidelberg zum 2. und Marxloff zum 3. Vorsitzenden, Richter und Kahn zu Schriftführern, Rauch zum Kassier und Frau Therese Blase zum Beisitzer.

Der Sitzungssaal

des Landtags hat sein früheres Aussehen wieder erhalten. Die nach den Wahlen im Januar 1919 eingebauten, den Charakter des Saales sehr störenden Mittelbänke, die außerdem das Ab- und Zugehen der Abgeordneten hinderten, sind entfernt worden. Platz für die Abgeordneten ist noch genügend vorhanden, da die ministeriellen Abgeordneten fast regelmäßig die Ministerplätze einnehmen. Außerdem hat der Saal eine hübsche Ausschmückung mit Blattpflanzen erhalten.

Zur Entlohnung der Gemeindebeamten.

Vom Zentralverband der Gemeindebeamten Badens wird uns mitgeteilt:

„Nachdem die Beamten des Reiches und des Staates, neuerdings durch die Verhältnisse gezwungen, wiederum um die Erhöhung ihrer Bezüge infolge des gesunkenen Geldwertes nachsuchen mußten, steht auch die Notwendigkeit der Verbesserung der Bezüge der Gemeindebeamten bevor. Die Gemeindebeamten haben, soweit sie in den Städten wohnen, die gleichen Ausgaben wie ihre Kollegen in Staatsdiensten, soweit sie auf dem Lande sind, sind sie nur dann in der Lebenshaltung etwas besser gestellt, wenn sie oder ihre Familien als Selbstversorger einen Teil ihres Bedarfs selbst bauen können. Die Gemeindebeamten auf dem Lande hätten aber, wenn sie, anstatt der Gemeinde zu dienen, intensiv Landwirtschaft treiben würden, wesentlich bessere Lebensbedingungen, als sie sie tatsächlich besitzen. Die Gehälter auf dem Lande spotten heute noch jeder Beschreibung. Es sind noch Ratschreiber vorhanden, die Jahresgehälter, nicht Monatsgehälter, von 95 ℳ einschließlich Teuerungszulagen erhalten. Dabei muß jeder Ratschreiber täglich mindestens 1 Stunde arbeiten. Aus einer Zusammenstellung ist zu entnehmen, daß ein großer Teil der Gemeindebeamten heute zu Vergütungen arbeitet, die man bei dem gesunkenen Wert der deutschen Geldmark für unmöglich halten sollte. So haben z. B. nach einer Zusammenstellung des Zentralverbandes der Gemeindebeamten 105 Bürgermeister, Ratschreiber, Gemeinderechner und untere Beamte noch Stundenvergütungen von 20 Pfg. und weniger, 128 von 20—30 Pfg., 153 von 30—40 Pfg., 301 von 40 bis 70 Pfg., 101 von 70 Pfg. bis 1 ℳ. In einem Amtsbezirk des badischen Landes, der nicht zu den billigen gehört, ist die höchste Vergütung der Gemeindebeamten einschließlich des Bürgermeisters und einschließlich der Amtsstadt 1.77 ℳ, die der Bürgermeister der Amtsstadt bezieht. Ein großer Teil von Gemeindebeamten in diesem Bezirke, über ein Drittel, arbeiten um weniger als 50 Pfg.

In den ländlichen Gemeinden nützt jede Belehrung einer unsozialen Gemeindevertretung nichts. Das Ministerium und die Bezirksämter haben sich schon die allergrößte Mühe gegeben, um auf die Gemeindevertretungen moralisch einzuwirken. Jene Gemeinden, die sozial gesinnt sind, bedürfen dieser Einwirkung nicht, und die anderen lassen sich in keiner Weise beeinflussen. Die Geduld der Gemeindebeamten in diesen Landgemeinden ist erschöpft. Sie hätten schon massenweise ihre Aemter zur Verfügung gestellt, wenn sie nicht noch eine Hoffnung auf die Einführung obligatorischer Schlichtungsausschüsse durch die Gemeindeordnung haben würden. Die Gemeindebeamten, die heute durch ihren Dienst voll beschäftigt sind, es ist die Mehrzahl, erhalten noch Gehälter von 1000 bis zu 3000 ℳ. Sie leiden unter der Teuerung zum Teil noch mehr als die Beamten in der Stadt, weil sie auf dem Lande die rationierten Zusatzmittel nicht erhalten wie in den Städten.

Der Zentralverband der Gemeindebeamten Badens beabsichtigt angesichts dieser Sachlage, nochmals das Ministerium des Innern zu ersuchen, sich der Not der badischen Gemeindebeamten anzunehmen. Die Verhältnisse sind insofern schwierig, als hier über 1500 Gemeindevertretungen in Betracht kommen und mit jeder von ihnen verhandelt werden muß, während die Staatsbeamten nur das Finanzministerium als Vertreter des Arbeitgebers haben. Es wird der Antrag gestellt werden, daß alle Vorbereitungen getroffen werden, um bei Inkrafttreten der Gemeindeordnung durch die paritätischen Ausschüsse, die Gemeinden, die ihren Pflichten nicht nachzukommen gewillt sind, recht bald zur Nachholung der Versäumten zu zwingen. Bis zur Erlassung der Gemeindeordnung müssen aber nochmals Schritte des Ministeriums, der Bezirksämter und der Organisationen der Gemeindebeamten vorgenommen werden. Die Not ist in vielen Kreisen der Gemeindebeamten in den Landbezirken so groß, daß nicht länger zugewartet werden kann. Die Geduld der Beamten ist erschöpft. Eine Massenflucht aus den Gemeindediensten liegt nicht im Interesse des Volksganzen. Gerade jetzt ist mehr als je notwendig, daß die Gemeinden tüchtige Arbeitskräfte sich erhalten. Wir hoffen, daß das Ministerium wie bisher den Gemeindebeamten hilfreich zur Seite stehen wird, und daß endlich einmal die Gemeindevertreter auf dem Lande sich ihrer Pflichten gegenüber jenen Mitbürgern, die die Gemeindeverwaltung im Gange halten, bewußt werden. In den mittleren und großen Städten verhandeln die Organisationen der Beamten mit den Organisationen der Gemeindeverwaltungen unmittelbar. Die Städte werden sich der Fürsorge des Staates und Reiches anschließen müssen. Wenn auch die Opfer, die hierdurch notwendig werden, gerade für die Städte sehr erheblich sind, die Landgemeinden sind heute leistungsfähiger als die großen Städte. Sie könnten also aus diesem Gesichtspunkt heraus eher an die Regelung der Verhältnisse ihrer Beamten denken."

Zuckooh Crême
die gute, hautverjüngende Zuckooh-Crême, neben Zuckooh-Elite-Crême das weitaus Beste für zarte, empfindliche Haut!

Badische Politik.

Die Verlegung des Rechnungsjahres.

Zum Vollzug der durch das Gesetz vom 12. Dezember v. J. verfügten Verlegung des Rechnungsjahrs vom Kalenderjahr auf die Zeit vom 1. April hat das Finanzministerium soeben die erforderlichen Bestimmungen erlassen. Danach sind für die Zeit vom 1. Januar bis 31. März d. J. nicht besondere Rechnungen zu führen, es sind vielmehr die Staatsrechnungen für das Jahr 1919 bis 31. März 1920 weiterzuführen und erst auf diesen Zeitpunkt abzuschließen. Die weiteren Anordnungen haben für die Allgemeinheit weniger Interesse. Dagegen hat das Ministerium des Innern in seiner Vollzugsverordnung das Rechnungsjahr 1919 der Gemeinden und Städte bis 31. März 1920 verlängert. Auf diesen Zeitpunkt sind auch die Rechnungen der Gemeinden mit zwei- und dreijähriger Rechnungsstellung abzuschließen, auch wenn der vorgesehene Rechnungszeitraum noch nicht abgelaufen ist. Vom 1. April 1920 an sind die Rechnungen der Gemeinden und Städte nicht mehr für das Kalenderjahr, sondern für den Zeitraum 1. April des einen bis dahin des andern Jahres zu führen. Demgemäß sind für die Zeit vom 1. April 1920 bis 31. März 1921 oder bei 2- oder 3jähriger Rechnungsstellung bis 31. März 1922 oder 1923 erstmals Gemeindevoranschläge für das neue Rechnungsjahr aufzustellen. Die Aufstellung eines Gemeindevoranschlags für das erste Vierteljahr 1920 kann unterbleiben, wenn durch Gemeindebeschluß bestimmt wird, daß für diese Zeit die für das Jahr 1919 festgesetzten Voranschlagssätze, Bürgergenußauflagen und Umlagen, soweit erforderlich, einschließlich etwaiger Nachtragsumlagen zu einem Viertel gelten sollen. Der Beschluß ist bis spätestens 10. Februar dem Bezirksamt vorzulegen. Der Umlageberechnung ist das Gemeindekataster über das Jahr 1920 zugrunde zu legen. Kommt ein solcher Gemeindebeschluß nicht zustande, so ist bis spätestens 10. Februar 1920 ein Teilvoranschlag für das erste Kalendervierteljahr 1920 aufzustellen und dem Bezirksamt vorzulegen. Die Umlagen und Genußauflagen werden für das erste Vierteljahr 1920 auf 1. März d. J. fällig.

Da die Staats- und Gemeinderechnungen künftig mit dem 31. März abschließen, haben die Geschäftsleute künftig ihre Rechnungen über die in der Zeit vom 1. April bis 31. März gelieferten Waren oder gefertigten Arbeiten spätestens auf Ende März der auftraggebenden Staats- oder Gemeindebehörde zur Zahlungsanweisung vorzulegen.

Aus Baden.

Handelskammer kontra Landwirtschaftskammer.

Wir erhalten folgende Zuschrift: Durch verschiedene Blätter ging eine Notiz, wonach die Handelskammer Stellung gegen die Landwirtschaftskammer nehmen werde. Sie stützt sich bei diesem beabsichtigten Vorgehen nach den Zeitungsmitteilungen auf Beschwerden und Klagen, die namentlich aus Kreisen der Nahrungsmittelindustrie und dem Kleinhandel erhoben worden seien. Die Landwirtschaftskammer hat die Handelskammer für den Bezirk Karlsruhe darauf hin gebeten, ihr den Gegenstand dieser Klagen und Beschwerden mitzuteilen, damit sie sich aufklärend dazu äußern kann. Es ist allerdings in den landwirtschaftlichen Kreisen wohl bekannt, daß der Handel es nicht gerne sieht, daß die Landwirte und ihre Organisationen immer mehr dazu übergehen, den Bezug der Bedarfsstoffe und den Absatz ihrer Erzeugnisse selbst in die Hand zu nehmen. Das ist aber eine Entwicklung, die durchaus naturgemäß ist, und die sich bereits seit 50 Jahren nicht nur bei uns in Baden, sondern im ganzen Deutschen Reiche und auch in den anderen europäischen Staaten vollzieht. Die gemeinschaftliche Selbstübernahme der Verwertung setzt die beteiligten Landwirte in die Lage, ohne den Bezugspreis für den Verbraucher zu erhöhen, einen höheren Erlös zu erzielen und dadurch darauf hinzuwirken, daß die Produktion im allgemeinen und die Erzeugung bester Qualitäten im großen gefördert wird. Dabei werden die im Handel selbständig tätigen Personen zwar vermindert; aber viele davon erhalten in den genossenschaftlichen Betriebsunternehmungen entsprechende Verwendung. Soweit die Landwirtschaftskammer bei solcher gemeinschaftlichen Verwertung in Betracht kommt, werden die allenfalls erzielten Ueberschüsse ausschließlich der Landwirtschaft wieder zugewandt und auf diesem Wege die Aufrechterhaltung der dringend notwendigen Förderung der Landwirtschaft gewährleistet, nachdem der Staat seit mehreren Jahren bereits nicht mehr in der Lage war, der Landwirtschaftskammer für die Ausübung der Förderung der Landwirtschaft Staatsmittel zuzuweisen. Die die landwirtschaftlichen Erzeugnisse an den Verbraucher vermittelnden städtischen Geschäfte werden dadurch nicht gefährdet, sie erhalten nur teilweise ihre Erzeugnisse direkt von den landwirtschaftlichen Unternehmungen, während sie sie früher durch Vermittlung selbständiger Händler bezogen.

Der Verbraucher wird kein Interesse daran haben, diese Erzeugnisse unbedingt auf dem Umweg durch den Handel zu erhalten. Dabei bleibt dem selbständigen Handel noch ein sehr großes Arbeitsfeld, das die in Frage stehenden landwirtschaftlichen Unternehmungen nicht berührt. Wenn die Handelskreise versuchen wollten, durch gesetzliche Bestimmungen diese an und für sich gesunde, volkswirtschaftliche Bewegung aufzuhalten, so wird die Landwirtschaft sich dagegen zu wehren wissen. Und auch in den Kreisen der Verbraucher und anderer wird es Leute genug geben, die nicht wünschen, daß bei uns in Baden eine Bewegung aufgehalten wird, die sich in der ganzen Welt unter größter entgegenkommender Beachtung der betreffenden Staaten vollzieht.

Tagung der Landesgruppe Baden vom Süddeutschen Betriebskrankenkassen-Schutzverband.

= **Offenburg**, 22. Jan. Die Landesgruppe Baden vom Süddeutschen Betriebskrankenkassen-Schutzverband hielt hier unter dem Vorsitz von Fabrikdirektor Wilh. Baumgartner eine Mitgliederversammlung ab, die aus allen Teilen des Lands gut besucht war. Als Gäste nahmen Teil Vertreter des Oberversicherungsamts Freiburg und des Versicherungsamts Offenburg, ferner der Verbandsvorsitzende, Kommerzienrat Schmitt-Prym-Aschaffenburg. Der Vorsitzende erstattete eingehenden Bericht über die Tätigkeit, Verfassung und Organisation der Landesgruppe während der Kriegsjahre und über das zwischen der Arbeitsgemeinschaft bad. Krankenkassenverbände und der ärztlichen Landeszentrale getroffene Abkommen zur Neuregelung der kassenärztlichen Verträge. Die Aussprache über diesen aktuellen Gegenstand nahm einen sehr breiten Raum ein.

Im weiteren Verlauf der Tagung sprach Vorsitzender Kommerzienrat Schmitt-Prym über die Betriebskrankenkassen in der Kriegs- und Uebergangszeit, über den Antrag des Hauptverbandes deutscher Ortskrankenkassen nach Auflösung der Betriebskrankenkassen und über die Durchführung des neuen Wochenhilfegesetzes. Zu der beantragten Auflösung der Betriebskrankenkassen erklärte der Vorsitzende, daß diese angesichts der unstreitig größeren Leistungsfähigkeit und vorzüglichen Fundierung der letzteren niemals im Interesse der Versicherten liege, ganz abgesehen von den vielen anderen Vorzügen der Betriebskrankenkassen gegenüber den Ortskrankenkassen, wie z. B. vollständige Selbstverwaltung durch die Versicherten, Billigkeit des Verwaltungsbetriebes, größere Uebersicht des gesamten Kassenbetriebes, starkes finanzielles Rückgrat durch die Arbeitgeber usw. Bei den Auflösungsbestrebungen der Ortskrankenkassen sei diesen hauptsächlich daran gelegen, in den Besitz der teilweise sehr beträchtlichen Rücklagen der Betriebskrankenkassen zu gelangen. Die Hauptleidtragenden bei Auflösung der Betriebskrankenkassen wären also die Versicherten selbst.

In den Vorstand der Landesgruppe wurden neu gewählt: Fabrikant Paul Gütermann-Gutach und Prokurist Richard Maier-Freiburg. Ersterer wurde an Stelle des wegen Arbeitsüberlastung ausscheidenden Fabrikdirektors Baumgartner zum Vorsitzenden der Landesgruppe Baden gewählt, deren Sitz nunmehr Gutach ist.

Tagung des Verbandes badischer Zimmermeister.

= **Offenburg**, 22. Jan. Der Verband badischer Zimmermeister hielt hier eine außerordentliche Mitgliederversammlung ab, die aus allen Teilen des Landes gut besucht war. Verbandsvorsitzender Stadtv. Franz Ambs aus Freiburg leitete die Verhandlungen. Er teilte mit, der Verband sei an einem Wendepunkt angekommen. Im Hinblick auf die völlig veränderte wirtschaftliche Lage und getragen von dem Verantwortungsgefühl gegenüber den Verbandsmitgliedern habe der Vorstand einstimmig beschlossen, alsbald eine eigene Verbandsgeschäftsstelle mit einem Syndikus an der Spitze zu errichten. Nach lebhafter Aussprache, an der sich die Mitglieder Fischer-Karlsruhe, Braun-Pforzheim, Lenz-Heidelberg, Müller-Konstanz, Rausch-Karlsruhe und Fischer-Konstanz beteiligten, fand der Antrag des Hauptvorstandes einmütige Zustimmung. Sodann sprach Gewerbelehrer Dipl.-Ing. Seeger aus Freiburg über die einheitlichen Grundlagen für die Preisberechnung der Zimmerarbeiten in Baden. Die von großer Sachkenntnis auf dem Gebiete der gewerblichen Buchführung und Kalkulation getragenen Ausführungen fanden starken Beifall.

Die Beschaffung von Saatkartoffeln.

Die Kommunalverbände sind beauftragt, Anträgen der landwirtschaftlichen Organisationen, die den Austausch von Saatgut zwischen den einzelnen Amtsbezirken und landwirtschaftlichen Betrieben in die Hand nehmen werden, nach Möglichkeit zu fördern. Die landwirtschaftlichen Organisationen sind beauftragt, den beteiligten Kommunalverbänden über den vollzogenen Austausch von Saatgut jeweils alsbald genaue Mitteilung zu machen.

= **Baiertal**, 22. Jan. In unserer Gemeinde soll der Abbau der Zinkblende wieder aufgenommen werden. Es sollen sogar noch neue Hochöfen errichtet werden.

= **Mannheim**, 22. Jan. Ein noch unbekannter Täter riß einer auf dem Heimwege befindlichen Kontoristin gewaltsam den Pelz vom Halse. Ein stellenloser 25 Jahre alter verheirateter Artist aus Frankreich entriß einer Frau die Handtasche und flüchtete. Der Täter konnte festgenommen werden. — Die ausständigen Postaushelfer haben die Arbeit wieder aufgenommen.

rr. **Mannheim**, 22. Jan. (Eig. Drahtber.) Im Vollzug der Verordnung des Ministeriums des Innern, nach der das städtische Rechnungsjahr vom 1. April bis 31. März des folgenden Jahres zu laufen hat, ist in der jüngsten Stadtratssitzung für das erste Vierteljahr 1920 ein besonderer Voranschlag aufgestellt worden. Der durch Umlagen zu deckende Aufwand beträgt hiernach 20 Millionen Mark. Er wird auf die für 1920 umlagepflichtigen Steuerwerte und Einkommensteuersätze in der Weise umgelegt, daß gewissermaßen als 5. Nachtragsumlage des Rechnungsjahres 1919/20 zu erheben sind: 24 Pfg. von 100 Mk. Steuerwerten des Liegenschafts- und Betriebsvermögens, 6¼ Pfg. von 100 Mark Steuerwerten des Kapitalvermögens und 72% der Einkommensteuersätze, die nach dem Gesetz vom 4. September 1918 der Erhebung der staatlichen Einkommensteuer zugrunde gelegt sind.

= **Wertheim**, 22. Jan. Die Straßen und Gassen sind vom Hochwasser jetzt frei; Tauber und Main sind in ihre Ufer zurückgetreten. Die Straßen sind mit dickem Schutt und Schlamm bedeckt, der teilweise bis 1 Meter hoch liegt. Aus den Kellern muß das Wasser herausgepumpt werden.

= **Dinglingen**, 22. Jan. Vom hiesigen Bahnhofe wurden fünf Kisten Zigarren gestohlen. Bei der sofort aufgenommenen Suche fand man die Kisten noch ungeöffnet in einem nahen Walde. Zwei junge Leute, die mit dem Zug von Lahr kamen, sich dann einige Zeit im Bahnhofrestaurant aufhielten, sind der Tat verdächtig, konnten aber nicht festgenommen werden.

= **Lahr**, 22. Jan. Der Sohn des Gastwirts Mußler aus Schuttern, der, wie berichtet, seit einigen Tagen vermißt wird, ist in Heilbronn aufgegriffen worden. Er setzte seiner Festnahme Widerstand entgegen. Die Gründe für seine Entfernung von Hause liegen noch ganz im Dunkeln.

= **Waldshut**, 22. Jan. Die Lonzawerke haben sich, falls bestimmte Voraussetzungen erfüllt werden, verpflichtet, 300 000 ℳ zur Behebung der Wohnungsnot beizutragen.

= **Meßkirch**, 22. Jan. Bei Dachausbesserungsarbeiten stürzte der 61jähr. Landwirt Nusser in Kalkreute vom Dache ab und erlitt so schwere Verletzungen, daß er starb.

= **Konstanz**, 22. Jan. Wegen Amtsunterschlagung stand der bei der Stadtgemeinde Donaueschingen bisher beschäftigte ledige Kassenbeamte Emil Erb von Karlsruhe vor dem Schwurgerichte. Wie noch erinnerlich, hatte Erb 90 775 Mk. unterschlagen und das Geld mit seiner Geliebten durchgebracht. Das Schwurgericht verurteilte ihn zu 2 Jahren Gefängnis. Weiterhin hatte sich der Taglöhner Adolf Saile von Allmendshofen wegen Straßenraubs zu verantworten. Er hatte auf offener Straße eine Frau überfallen und bedroht und ihr das Handtäschchen mit 300 Mk. Inhalt geraubt. Saile wurde zu 5 Jahren Gefängnis verurteilt.

= **Konstanz**, 22. Jan. In einer Emmishofer Wirtschaft wurde ein Mann von einem Gefreiten der schweizerischen Heerespolizei verhaftet, als er erklärt hatte, er habe im Jahre 1884 in einem Dorfe bei Meßkirch seinen Vater ermordet. Es handelt sich um einen gewissen Albert Hirlina von Oberbichtlingen b. Meßkirch. Ob seine Angaben auf Wahrheit beruhen, ist noch nicht festgestellt.

Von der Einwohnerwehr.

Die Einwohnerwehr Karlsruhe veranstaltete am Mittwoch abend im großen Saale des „Friedrichshof" einen gutbesuchten Vortragsabend. Der Führer der hiesigen Wehr, Major Bauer, behandelte das Thema „Die Einwohnerwehr, eine Zeit-, aber keine Streitfrage". Sie solle ein Sammelpunkt derer sein, die zur inneren Gesundung unseres armen Vaterlandes helfen, einen inneren Kampf unmöglich zu machen, aber auch, wenn es sein muß, Aufruhr und Plünderung kraftvoll niederschlagen wollen. Das offene Bekenntnis zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung verlange volle Anteilnahme an den großen und kleinen Pflichten; mit Worten allein sei es nicht getan. Die Gefahr sei nach wie vor groß; der Weg aufwärts werde noch über manche schroffe, steile Höhe und manch jähen Abgrund führen. Auch der eben vollzogene Friedensvertrag ändere daran nur wenig, zumal er unsere Machtmittel aufs äußerste beschränke. Während der Tilsiter Vertrag einen Heeresbestand von 42 000 Mann vorsah, damals also einen Soldat auf je 100 Köpfe der Bevölkerung, erlaubt der Versailler Vertrag unter den heutigen ganz anders gearteten Verhältnissen ein Heer von 100 000 Mann, d. h. auf je 600 Köpfe kommt nur ein Soldat. Auch hinsichtlich der Polizei und Gendarmerie wurden einschränkende Bestimmungen getroffen. Der einzige Schutz müsse also von einer starken Einwohnerwehr kommen. Darum sei zu erwarten, daß sich die staatlichen und städtischen Behörden in ganz anderer Weise als bisher für das Wachstum der Wehr einsetzen und sich durch die Tat des Beitritts zu ihr bekennen. Mangels einer einheitlichen zentralen sachverständigen Leitung seien die badischen Wehren anderen Ländern gegenüber wesentlich benachteiligt, namentlich was die Ausrüstung und Bewaffnung anlange. Gerade Baden sei nach dem Abzug der Reichswehrtruppen auf gutorganisierte Einwohnerwehren angewiesen. An die Regierung ergehe daher die Bitte, wie es in Bayern und Württemberg der Fall sei, den Ausbau der Wehren tatkräftig zu unterstützen und sie in einer Organisation, die dem ganzen Lande zum Nutzen gereicht, zusammenzufassen. Die Einwohnerwehr verfolge das Ziel, fern von jeder Parteipolitik alle besonnenen Elemente zu sammeln. Jedes Mißtrauen, als ob die Einwohnerwehr unter Führung alter Offiziere der Reaktion diene, als ob sie den Kampf nach außen oder innen wünsche, sei sachlich unbegründet. Sie will durch den Zusammenschluß den Bürgerkrieg von vornherein unmöglich machen. Wenn es aber sein sollte, was Gott verhüten möge, so will sie das Volk vor Raub und Plünderung schützen. Daß die Arbeiterschaft bisher in verhältnismäßig geringer Zahl der Einwohnerwehr beigetreten sei, habe seinen Grund in rein parteipolitischen Gründen, in völlig ungerechtfertigten Vorurteilen. Der Redner, der sich im Verlaufe seiner interessanten und sehr beifällig aufgenommenen Darlegungen u. a. auch gegen die Offiziershetze wandte, schloß mit einem warmen Appell an das vaterländische Empfinden.

Hierauf sprach Major a. D. Dr. Negrioli über „München zur Zeit der Rätediktatur". Er zeichnete ein grauenvolles Bild der moralischen und finanziellen Verwüstung, die diese drei Schreckenswochen für München im Gefolge hatten. Der Schaden werde auf 250 Millionen Mark beziffert, und die Zahl der Nervenkranken sei infolge des Terrors, der tagtäglichen Haussuchungen und Plünderungen ins Unheimliche gestiegen. Neben der äußersten Lebensmittelknappheit hatte die Münchner Bevölkerung zu jener Zeit unter dem zügellosen Treiben einer beträchtlich angewachsenen Zahl von zweifelhaften Elementen zu leiden. Zu der Scheußlichkeit des Geiselmordes teilte der Erzähler mit, daß die Gräfin Westarp die letzten drei Tage vor ihrem Tode als besondere „Vergünstigung" im Zimmer des berüchtigten Kommandanten des Luitpoldgymnasiums, Seidel, zubringen mußte. Der Bereich der Räterepublik war glücklicherweise begrenzt auf München, Augsburg, da man im übrigen Bayern von diesen Maximen nichts wissen wollte. Dabei erwähnte der Redner die wackere Haltung der oberbayerischen Landbevölkerung gegen da und dort auftretende Raubzügler. Ungeachtet der Parteistellung habe die bittere Not die Bevölkerung zu einer starken Einwohnerwehr zusammengeführt, die dafür sorgen wird, daß eine solche Katastrophe, die auf lange Zeit hinaus am Marke Münchens zehren wird, nicht ein zweites Mal über die Stadt hereinbricht. — Der dritte Vortrag Köhler: „Meine Pflichten als Wehrmitglied" mußte wegen der vorgeschrittenen Zeit unterbleiben.

Aus dem Stadtkreise.

Die Polizeistunde. Wie wir berichteten, hatte das Ministerium des Innern erlaubt, daß die Bezirksämter in besonders begründeten Einzelfällen Ausnahmen von der festgesetzten Polizeistunde, jedoch nicht über 11½ Uhr abends, zulassen. Infolge der Verschärfung der allgemeinen Brennstoffknappheit hat das Ministerium die Bezirksämter jetzt angewiesen, solche Ausnahmen nur in beschränktem Maße zuzulassen.

Der Schulunterricht. Im Anschluß an die Ankündigung des Stadtrats wird noch einmal auf diesem Wege darauf hingewiesen, daß der Unterricht in sämtlichen städtischen Schulen am Montag, den 26. ds. Mts., beginnt.

Päckchen nach dem französischen Besatzungsgebiet. Den im französischen Besatzungsgebiet aufgelieferten und den dort eingehenden Päckchen dürfen nach militärischer Anordnung keine schriftlichen Mitteilungen beigefügt werden.

Die „Tiefbautechnische Vereinigung E. V." hielt am Samstag, den 17. ds. Mts., im „Palmengarten" ihr 20jähriges Stiftungsfest, verbunden mit Abschiedsfeier für die abgehenden Tiefbauwerkmeister ab. Die Feier, der Baurat Schultz und einige Professoren und Vertreter der Generaldirektion beiwohnten, verlief sehr harmonisch. Besonders bemerkenswert sind die Gesangsvorträge von Frl. Erika Hofstetter, die mit ihrem wohlklingenden und reinen Mezzosopran die Zuhörer in Bann zu halten wußte. Zu Frl. Carola Wipfler (am Klavier) hatte die Sängerin eine ausgezeichnete Begleiterin. Im zweiten Teil des Programms erfreute Frl. Hofstetter die Anwesenden durch ihre ausdrucksvoll vorgetragenen neckischen Lieder zur Laute, wofür sie reichen Beifall erntete. Durch Mitwirkung eines Teiles der Kapelle des Reichswehr-Regiments wurde der Abend zu einem für alle Beteiligten genußreichen gestaltet.

Unfall. Beim Reinigen einer im Gang befindlichen Hobelmaschine brachte ein 23 Jahre alter Fräser aus Mörsch die linke Hand in die Maschine und erlitt einen Bruch des Zeigefingers.

Die Schlierseer kommen! Direktor Kiefer hat das weltbekannte Schlierseer Bauerntheater zu einem Gastspiel ins Colosseum verpflichtet. Die Schlierseer gastierten in Karlsruhe zuletzt 1908 im Großh. Hoftheater und waren seitdem nicht mehr bei uns. Da inzwischen viele Bauerntruppen gegründet wurden, sei besonders darauf aufmerksam gemacht, daß es sich um die Originaltruppe handelt, die 1892 von Direktor Konrad Dreher gegründet wurde und nun seit mehreren Jahren unter Leitung des Direktors Xaver Terofal steht, der sich als Meister bäuerlichen Humors einen Weltruf erworben hat. Die Schlierseer feierten vor 3 Jahren ihr 25jähriges Jubiläum. Da die Truppe seit 12 Jahren nicht mehr in Karlsruhe weilte, wird das Gastspiel wohl Interesse erwecken.

Standesbuch-Auszüge.

Eheschließungen. 22. Jan.: Jakob Reinhold von Jmiarod, Kaufmann in Heidelberg, mit Eiral Horowitz von Rymanow; Otto Blöchle von Darmstadt, Kaufmann in Offenburg, mit Johanna Klotz von hier; Armin Gruber von Augsburg, Architekt in Bad Nauheim, mit Thusnelda Doerr von hier; Hugo Amann von Zurzach, Maler hier, mit Luise Ballweg von Hardheim; Wilhelm Karle von Zaisenhausen, Handelsmann hier, mit Marie Sopr geb. Kovar von Bedrc; Georg Martin von Sila, Friseur hier, mit Bertha Talmon l'Armée von hier; Dr. Willy Seufert von Annaberg, Dipl.-Ingenieur in Würzburg, mit Elisabeth Reinhertz von Bonn.

Geburten. 14. Jan.: Margareta, Vater Aug. Werner, Blumenhändler. — 15. Jan.: Luise, Vater Andr. Ziegler, Bahnarbeiter. — 16. Jan.: Heinz Friedrich Wilhelm, Vater Phil. Sch. Metzger, Postassistent. — 17. Jan.: Bernhard Heinrich Wilhelm, Vater Heinrich Bindschädel, Bäcker. — 18. Jan.: Herbert Robert Friedrich u. Irmgard Wilhelmine Lina, Zwillinge, Vater Adolf Baier, Sekr.-Assistent. — 19. Jan.: Friedrich, Vater Max Kirchenhauer, Handlungsgehilfe; Sofie Ursula Alwyna Lila Gusta Gerda, Vater Alwyn von Bohlen u. Halbach, Major a. D., Oberstallmeister; Johann Ludwig, Vater Jak. Göbel, Kassendiener. — 20. Jan.: Karl Ludwig, Vater Ludwig Schönthaler, Taglöhner.

Todesfälle. 21. Jan.: Emma Schweiß, Dienstmädchen, ledig, alt 38 Jahre; Elisabeth Kronenberger, alt 64 Jahre, Witwe von Sch. Kronenberger, Kaufmann; Katharina Zepfel, alt 40 Jahre, Ehefrau von Albert Zepfel, Werkmeister; Emilie Renz, Damenschneiderin, ledig, alt 33 Jahre; Maria Albrecht, alt 66 Jahre, Witwe von Jakob Albrecht, Oberpostschaffner. — 22. Jan.: Maria Lang, ohne Beruf, alt 19 Jahre.

Beerdigungszeit und Trauerhaus erwachsener Verstorbenen. Freitag, 23. Jan.: ½11 Uhr: Anna Drobnik, Dienstmädchen, Ettlingerstr. 2. — ½3 Uhr: Philippine Hechinger, Bierbrauers-Witwe, Wilhelmstraße 36.

Gerichtssaal.

l. **Karlsruhe**, 21. Jan. In der heutigen Sitzung der Strafkammer III wurden folgende Fälle abgeurteilt: Taglöhner Emil Waßmer aus Elchesheim erhält wegen Einbruchsdiebstahls i. R. 1 Jahr 3 Monate Gefängnis; Pferdehändler Oskar Sinsheimer aus Frankfurt a. M., zuletzt in Baden wohnhaft, hat verschiedenen norddeutschen Zigarrenhandlungen vorgeschwindelt, er habe größere Posten Zigarren versandtbereit liegen, die er an sie absenden werde. An 2 Firmen hat er dann Kisten, mit Holzwolle, Holz und Eisenstücke gefüllt, unter falschem Namen abgesandt und sich von deren Vertretern auf Vorlage der Duplikatfrachtbriefe Beträge von 620 ℳ und 3650 ℳ auszahlen lassen, eine dritte Firma hat allein auf die Behauptung der Absendung 2000 ℳ bezahlt. Weiter hat er sich in 2 Fällen durch die unwahre Behauptung, er werde Lebensmittel liefern, von 2 Badener Einwohnern etwa 1500 Mark erschwindelt. Er wird wegen Urkundenfälschung und Betrug zu 2 Jahren 6 Monaten Gefängnis und 5 Jahren Ehrverlust verurteilt.

Ein gemeingefährlicher Einbrecher ist der Bäcker Albert Geiser aus Waldulm. Er hat im Dezember 1918 in Baden zusammen mit einem inzwischen verstorbenen Mittäter in einem Hotel und in einer Villa eingebrochen und Kleidungsstücke und Gebrauchsgegenstände, sowie Hühner und Enten in erheblichem Wert gestohlen. Er trug bei diesen Einbrüchen Waffen bei sich. Zwei weitere schwere Einbrüche verübte er im Oktober und November 1919 zu Rastatt zusammen mit dem Fuhrmann Heinrich Merkel aus Forbach und dem Bauschlosser Leopold Günter aus Schluttenberg. Im ersten Falle wurden 14 Enten, im 2. Falle 2 Pferde mit Jagdwagen und Geschirren im Wert von 18 000 ℳ gestohlen. Geiser ist rückfälliger Dieb. Es werden verurteilt Geiser zu 5 Jahren, Merkel zu 2 Jahren 3 Monaten und Günther zu 1 Jahr Gefängnis, außerdem werden ihnen die bürgerlichen Ehrenrechte auf 3 Jahre aberkannt.

Tagesanzeiger. (Näheres ist aus dem Anzeigeteil zu ersehen.)

Freitag, den 23. Januar 1920.

Bad. Landestheater. „Die Entführung aus dem Serail". Anfang 7 Uhr.
Colosseum, Waldstr. Vorstellung, abends ½8 Uhr.
Künstlerhaus. Tanzaufführung, nachm. 5 Uhr.
Café Hildenbrand. Sonderkonzert, abds. 8 Uhr.

Vom Wetter.

Wetternachrichtendienst der bad. Landeswetterwarte in Karlsruhe

Auf Grund land- und funkentelegraphischer Meldungen.
Beobachtungen vom Donnerstag, 22. Januar 1920
8 Uhr morgens (M.E.Z.)

Ort	Luftdr. in NN mm	Temp. C°	Wind Richtg.	Wind Stärke	Wetter	Niederschlag d. letzten 24 Std. mm
Hamburg	765.8	1	NNW	schwach	wolkig	3
Kd. Königsberg	762.3	0	NNW	schwach	wolkig	1
Berlin	—	—	—	—	—	—
Frankfurt	—	—	—	—	—	—
München	—	—	—	—	—	—
Kopenhagen	—	—	—	—	—	—
Stockholm	762.6	-4	NW	schwach	bedeckt	0
Haparanda	762.9	-25	N	schwach	bedeckt	0
Bodö	—	—	—	—	—	—
Paris	—	—	—	—	—	—
Marseille	—	—	—	—	—	—
Zürich	—	—	—	—	—	—
Wien	—	—	—	—	—	—

Beobachtungen badischer Wetterstellen (7³⁰ morgens)
Karlsruhe Seehöhe 127 m

Luftdr. in NN mm	Temp. C°	Gestr. Höchst-Wärm.	Niedr. Temp. nachts	Wind Richtg	Wind Stärke	Wetter	Niederschläge mm
768.9	2	5	2	WSW	schwach	halbbd.	4
Königstuhl Seehöhe 563 m							
767.8	0	2	—2	NW	schwach	wolkig	?

Schneehöhen am 21. Jan.: Feldberg 130 Zentimeter, Todtnauberg 25 Zentimeter; am 22. Jan.: Königstuhl 2 Zentimeter.

Allgemeine Witterungsübersicht.

In Deutschland machen sich heute noch Randwirbel des über Osteuropa lagernden Tiefdruckgebietes geltend. Das Wetter ist daher überwiegend trüb geblieben; vielfach sind Regen- und Schneefälle vorgekommen. Die Temperaturen liegen in der Rheinebene nur noch wenig über Null, oberhalb 500 Meter darunter. — Ueber Westeuropa hat sich hoher Druck ausgebreitet der weiter ostwärts vordringen wird und eine Besserung der Wetterlage in Aussicht stellt.

Voraussichtliche Witterung bis Freitag, den 23. Januar 1920, nachts: Abnahme der Bewölkung, teilweise Aufheiterung meist trocken, etwas kälter, später leichter Frost.

Rhein-Wasserstände morgens 6 Uhr:

	22. Januar		21. Januar
Schusterinsel	2.25 m		2.38 m
Kehl	3.24 m		3.37 m
Maxau	5.55 m		5.76 m
„	— m	mittags 12 Uhr	5.68 m
„	— m	abends Uhr	5.55 m
Mannheim	5.72 m		5.99 m

Möbel- und Ausstattungshaus
Gustav Friedrichs
Karlsruhe i. B.
Teleph. 5174 Karl-Friedrichstr. 24 (Rondellpl.)
Ständige große Ausstellung kompletter Wohnungseinrichtungen in allen Holz- und Stilarten.
Streng reelle Bedienung.

Wirtschafts- und Handelszeitung.

(Nachdruck der mit einer Chiffre versehenen Artikel ist nur unter Quellenangabe gestattet.)

Das Gutachten der Valutakommission.

Die vielfachen Rufe nach einer Valutakommission haben bekanntlich vor einiger Zeit dazu geführt, daß diese Kommission zusammengetreten ist. Ob ihre Zusammensetzung sehr glücklich ist, mag dahingestellt bleiben. Jedenfalls hat sie sich alsbald an die Arbeit gemacht und in einem vor einiger Zeit veröffentlichten Gutachten bereits ihren Standpunkt zu wichtigen grundsätzlichen Fragen dargelegt.

Die Valutakommission hat, wie sie sagt, die Mitteilung der Regierung zur Kenntnis genommen, daß in nächster Zeit größere Devisenmengen notwendig sind zur Beschaffung von Lebensmitteln. Daß Deutschland seinen ganzen Jahresbedarf an den hauptsächlichsten Lebensmitteln nicht aus sich selbst erzeugen kann, ist eine Tatsache, die uns in der Kriegs- und Nachkriegszeit genügend eingehämmert worden ist. Um so unerklärlicher war die Unruhe, die vor einiger Zeit weitere Kreise ergriff, als es hieß, daß wir mit unseren Vorräten nicht bis zum Ende des Erntejahres auskommen würden. Natürlich müssen wir zum Schluß solche einführen. Ob es allerdings richtig war, die Einfuhr bis zum letzten Moment hinauszuschieben und den ganzen Bedarf auf einmal zu kaufen, statt nach und nach in mäßigeren Mengen die Deckung auf dem Weltmarkt vorzunehmen, ist eine große Frage, die man erst beantworten kann, wenn man wüßte, von welchen Erwägungen die leitenden Persönlichkeiten ausgegangen sind. Die Valutakommission ist der Ansicht, daß es vor allem gilt, die eigene Lebensmittelerzeugung Deutschlands in die Höhe zu bringen und daß wir zu diesem Zwecke Viehfutter und Düngemittel einführen müssen. Sie wirft auch die Frage auf, ob der deutsche Landwirt einen genügenden Preis für seine Produkte erhält, so daß sich für ihn die Produktion unter Heranziehung ausländischer Produktionsmittel überhaupt lohnt. Man muß in der Tat nachdrücklichst die Forderung erheben, daß eine Untersuchung darüber von Staats wegen in die Wege geleitet wird. Eine Kommission zur Untersuchung der Rentabilität des landwirtschaftlichen Betriebes ist dringend zu fordern.

Die Kommission äußerte sich ferner zu der Frage der allgemeinen Organisation des Außenhandels, ohne dabei besondere Originalität zu entwickeln. Daß eine straffe Regelung des Außenhandels nur bei völliger Schließung der Grenzen möglich ist, leuchte ohne weiteres ein. Die Kommission ist einverstanden damit, daß die Kontrolle über den Außenhandel durch Selbstverwaltung der wirtschaftenden Kreise unter Mitwirkung der Regierung vorgenommen wird, und sie stimmt auch der Preisprüfung bei der Ausfuhr durchaus zu. Wenn sie sich gegen eine Annäherung der Inlandspreise an das Weltmarktniveau ausspricht, so muß man ihr zugestehen, daß es sich dabei um die umstrittenste Frage unserer Zeit handelt. Die Praxis wird voraussichtlich diese Annäherung allmählich von selbst erzwingen.

Zustimmen kann man der Kommission in dem, was sie über die Hebung der inländischen Produktion sagt. Daß jetzt nicht die Zeit gekommen ist, um weniger zu arbeiten als früher, sondern daß wir im Gegenteil auf allen Gebieten bedeutend mehr arbeiten müssen, leuchtet ohne weiteres ein. Treffend hat daher die Kommission die Hebung der Kohlenproduktion als das zentrale Problem unserer Volkswirtschaft erkannt.

Dr. L. H.

Die gefährdete Volksernährung.

Obwohl in spätestens 6 Wochen bei einigermaßen günstiger Witterung die Frühjahrsfeldbestellung beginnen muß, sind die Landwirte heute noch vollkommen im Unklaren, welche Preise sie für ihr Getreide und vor allem für ihre Kartoffeln im Erntejahr 1920 erhalten werden. Die Unkenntnis dieser Preise wirkt natürlich auf jeden Landwirt sehr nachteilig ein, da er sich seinen Feldbestellungsplan nicht zurecht legen kann, weil er nicht weiß, wie seine Produkte im Herbst 1920 bezahlt werden. Da der Anbau von Kartoffeln zum Beispiel im vorigen Jahre bei den verhängnisvollen niederen Höchstpreisen vollständig unrentabel war und die Betriebsausgaben tatsächlich weiter steigen, darf man sich nicht wundern, wenn sich die Landwirte dem Anbau nur solcher Erzeugnisse zuwenden, die der öffentlichen Bewirtschaftung nicht unterliegen, also freie Preisentwicklung haben.

Ein bedenkliches Zeichen ist, daß die Landwirte bereits bestellten Kunstdünger wegen der inzwischen eingetretenen hohen Düngerpreissteigerung wieder abbestellen, weil sie nicht wissen, ob für ihre Erzeugnisse Preise festgesetzt werden, die die Verwendung von Kunstdünger noch lohnen. Es besteht deshalb große Gefahr, daß der Anbau der wichtigsten landwirtschaftlichen Erzeugnisse, wie Getreide und Kartoffeln, noch weiter zurückgehen wird, wenn nicht sofort ausreichende Höchstpreise bekanntgegeben werden.

Die Badische Landwirtschaftskammer hat deshalb in einer Eingabe an das Reichswirtschaftsministerium, Reichsernährungsministerium und an das Badische Ministerium des Innern nochmals mit größtem Nachdruck darum gebeten, daß die Mindestpreise für die landwirtschaftlichen Produkte der Ernte 1920 sofort bekanntgegeben werden und auf die unendlich großen Gefahren hingewiesen, die durch eine Verschleppung der Bekanntgabe für unsere Volksernährung entstehen können.

Die Silbermünzen.

Infolge der ganz außerordentlichen Steigerung der Silberpreise ist der Metallwert der Silbermünzen weit über den Nennwert gestiegen. Infolgedessen sind diese Münzen völlig aus dem Verkehr verschwunden, so daß sie tatsächlich als Zahlungsmittel keine Verwendung mehr finden. Mit Rücksicht hierauf besteht die Absicht, sämtliche Reichssilbermünzen in allernächster Zeit außer Kurs zu setzen. Um diese außer Kurs zu setzenden Münzen dem deutschen Wirtschaftsleben nutzbar zu machen, kaufen auf Anordnung des Reichsbank-Direktoriums die Reichsbankhauptkasse und die sämtlichen Zweiganstalten der Reichsbank die Silbermünzen schon jetzt zu einem dem Marktpreise des Inlandes entsprechenden Preise an, und zwar bezahlen sie fürs

Einmarkstück	6.50	Mark
Zweimarkstück	13.00	„
Dreimarkstück	19.50	„
Fünfmarkstück	32.50	„
Eine halbe Mark oder altes Fünfzigpfennigstück	3.25	„
silbernes Zwanzigpfennigstück	1.30	„

Für einen alten Taler werden auf Grund seines höheren Feingehaltes 21,50 Mark bezahlt. Voraussetzung für die vorstehenden Preise ist, daß die Münzen Passiergewicht haben. Bei leichteren Münzen wird ein entsprechender Abzug gemacht.

(Da die privaten Aufkäufer diese Sätze überbieten, dürfte die Maßnahme, sofern man durch Konzentration der Münzen bei der Reichsbank eine Besserung auf die Valuta erhoffte, ohne Wirkung bleiben.)

Börsen- und Finanzmeldungen.

Berliner Börse.

W. Berlin, 22. Jan. Die Aufwärtsbewegung fast aller Kurse setzte sich heute auf der Mehrzahl der Märkte, besonders auf dem Kolonialmarkte und Deutsch-Uebersee-Elektric-Aktien fort. Die Gründe hierfür sind bei der derzeitigen Haltung der ausländischen Devisen und Notenkurse klar zu tage liegend. Von Kolonialwerten hatten Sloman die 2000 und Südsee-Phosphat die 2100 überschritten. Die anderen gleichartigen Werte stiegen in geringerem Umfange. Deutsch-Uebersee-Elektric erreichten den Kurs von 900. Von Valutawerten waren Canada und Baltimore Ohio behauptet. Schantungbahn erholten sich von ihrem gestrigen Rückschlag kräftig, da sich die Mitteilung über die Entschädigungsfrage irrtümlich erwies. Von Petroleumwerten überschritten Deutsch-Erdöl 600. Am Montan- und Elektromarkt bildeten 10%ige Kurssteigerungen nahezu die Regel. Schiffahrtswerte still. Von Spezialwerten stiegen die meisten Papiere, besonders Kaliaktien, um 10 Proz. Bankaktien uneinheitlich. Von Renten zogen im Einklang mit Wien, österreichische besonders, ungarische Renten ganz ansehnlich an. Mexikaner mäßig höher. Wenn auch im Verlaufe die höheren Kurse nicht aufrechterhalten werden konnten, blieb doch die Stimmung der Börse trotzdem außerordentlich fest.

Berliner Kursnotierungen.

	2 Jan	22 Jan		2 Jan	22 Jan
Schantungbb.	579.50	591.50	Gelsenkirchen	362.75	364.25
Gr. Bl. Straßenbahn.	127.50	—.—	Genschow	—.—	234.—
Lombarden	48.—	46.75	Goldschmidt	345.—	350.—
Prinz-Hrchbb	630.—	655.—	Gritzn. Masch	—.—	—.—
Orientbahn	428	429.50	Hann. Masch	440.—	440
Argo Schiff.	420.—	439.—	Hann. Wagg.	—.—	360.
Deutsch Austr.	220.—	219.—	Harpener	350.25	366.—
Hamb. Paketf	143.50	149.25	Hafner Eisen	300	285
Hbg.-Südam	249.—	—.	Hirsch Kupfer	314.—	—.—
Hansa Schiff.	328.—	—.—	Höchst Farb.	337.	336.50
Nordd. Lloyd	163	170.75	Hösch Eisen	—.—	349.75
B. Handelsg.	176.50	175.—	Hohenlohe	203.—	204.50
Deutsch. Bank	282.50	282.50	Kali Aschersl	325.—	336.50
Disk. Comm	204.50	203	Kosth. Cellul.	299.50	298.
Dresd. Bank	173.—	174.50	Kupfhäuser	—.	185.—
Oesterr. Kred	108.—	109	Lahmaner Co	165.—	—.—
Reichsbank	147	145.—	Laurahütte	279.	274
Sinner Br.	327.—	350.—	Linde Eism.	276.—	289.—
Accumulat.	365.—	378.—	Ludw Löwe	303.	—.—
Adlerwerke	324.75	330.	Lothr. Zem.	—.	189
A. E. G.	284.50	294.—	Mannesm.	298.	299.—
Aluminium	300	300.—	Ober Eisenb	212.—	220.
Anglo Contin.	—.—	350.—	Oh. Eisenind	220	239.75
Agsb.-Nürnb	281	289.—	Ober Koksw	330	338
Bad. Anilin	460.—	472.—	Orenst.-Kopp	280.—	290.—
Bergm. Elek	233	233.50	Phön. Bergw	320.50	328.—
Brl. Anh. M	—.—	—.—	Rheinf.-Kraft	—.—	—.—
Berl. Masch.	275.—	287.—	Rhein. Metall	—.—	—.—
Bing Nürnb	258.—	258.—	Rhein. Stahl	255.25	273.—
Bismarckh.	330.—	334.	Romb. Hütte	293.—	
Bochum. Guß	200.—	210.—	Rütgerswerk	255.—	254.75
Gebr. Böhler	274	280.	Sachsenwerke	370.	380.—
Brown Bov.	—.—	—.—	Schuckert Co.	194.50	195.75
Buderus Eis.	200.—	206	Siem.-Halske	—.	—.—
Chem. Griesh.	265	262.—	Stett. Vulkan	253.50	260.50
Chem. Albert	—	490.—	Stollbg. Zink	255	265.
Daiml. Mot.	309	313.50	Türk. Tabak	—.—	1175.
Dessauer Gas	166	170.	B. K.-Nottw.	344.—	323.75
Deutsch-Lux.	277.75	285.—	Ver. Deutsche Nickel	310.25	915.
D. Ueberf. El	858	900	Ver. Glanzst.	900	630.—
D. Eisb. S. W.	—.—	—.—	B. Stahl Typ	600	395.—
Deutsch Erdöl	560.—	600.—	Wand. Fahrr	395.—	439.—
D. Gasglühl.	120	120.—	Westereg. Alk.	—.—	—.—
Deutsche Kali	339.	345.—	Zellst. Waldh.	324.—	330
Deutsch. Waff	299.75	308.—	Otavi Minen	552.50	559
Deutsch. Eisb	240.—	263.—	Otavi Genuß	503.—	504.—
Dyn. Nobel	212.—	214.50	Pomona	8400	8550.
Elberf. Farb	320.—	363.—	Baltimore	370.—	400.—
Eschw. Bergw	359.	360.—	Canada	1060.—	—.—
Felt. Guill.	323.—	325.—	South West	534	530.—
Gaggenau	210	220.—	Steaua Rom	1012.—	1030.—
Gasm. Deutz	220.—	215.—	Deut. Petrol.	464.—	480.

Devisenmarkt. Telegraphische Auszahlungen für:

	21 Jan 1920 Geld	Brief	22 Jan Geld	Brief
Holland	2409.—	2413.—	2497.50	2502.50
Dänemark	1099.—	1101.—	1199	1201.—
Schweden	1299.—	1301.—	1374.—	1376.—
Norwegen	1199.—	1201.—	1269	1271.—
Schweiz	1139.—	1141.—	1199	1201.—
Oesterreich-Ungarn	—.—	—.—	—.—	—.—
Wien	2197.50	2202.50	2172.50	2177.50
Budapest	2597.50	2602.50	2847.50	2852.50
Prag	84.—	84.20	82.40	82.60
Spanien	—.—	—.—	—.—	—.—
Helsingfors	259.75	260.25	—.—	—.—

Frankfurter Börse.

W. Frankfurt a. M., 22. Jan. Infolge der ausgedehnten Verkehrspause trat auf dem Montanaktienmarkt Deckungsbedürfnis hervor, was zu allgemeinen Kurserhöhungen der führenden Papiere Anlaß gab. Die chemischen Werte waren verhältnismäßig ruhig bei unregelmäßiger Haltung. Badische Anilin, Chemische Goldschmidt ruhig, dagegen Holzverkohlung behauptet. Benz fest 288 bis 289. Nachfrage bestand für elektrische Werte, besonders A. E. G., die mit 295 14% gewannen. Deutsch-Uebersee 886, Schantungbahn mit 600 17% erhöht. Anatolische Prioritäten zogen 7% an, 4% ungarische Goldrente höher. Mexikaner tendierten im allgemeinen fest. 3%ige Saloniki Monastir 3% höher. Westeregeln 440 plus 30%. Heldburg 179. Am Industrieaktienmarkt waren zu höheren Kursen gesucht Chamotte, Frankenthal Schuhfabrik. Die Börse war beim Schluß fest. Privatdiskont 4%.

Die Börse bleibt bis einschl. 26. Januar geschlossen.

Frankfurter Kursnotierungen.

	2 Jan	22 Jan		21 Jan	22 Jan
Badische Bank	145.—	144.—	Uebers. Adler & Oppenh.	—.—	—.—
Darmst. Bank	138.0	137.75	Masch. Bad. (Weinheim)	230.—	230.—
Deutsch. Bank	280	283.75	Bad. Masch. (Durlach)	249.—	241.—
Disk. Comm.	207.75	204.—	Masch. Gritzner (Durl.)	—.—	—.—
Dresd. Bank	131.—	170.—	Masch. Haid & Neu. Nähm.	—.—	—.—
Oest. Länderb	96.—	98.—	Maschinenfb. Karlsruhe	—.—	286.—
Rhein. Creditbank	129.—	129.—	Schlinck & Co.	—.—	—.—
Schffh. Bankv.	—.—	—.—	Oberursel	309.—	309.—
Südd. Dk.-G	133	133.—	Spinner Ett. Baumwollf.	—.—	—.—
Wien. Bankv.	72.—	71.50	Spinn. Ettl.	212.—	200.—
Ottomanbank	—.—	—.—	Uhrenf. Bad. (Furtwang.)	—.—	—.—
Boch. Gußst.	297.—	304.—	Waggonfabr. Fuchs	315.	314.—
Gelsenkirchen	362.50	362.50	Zellstoffabrik Waldhof	324.—	320.—
Harpener	356.—	363.—	Zuckerf. Bad.	383.—	400.—
Laurahütte	—.—	—.—	Zuckerfabrik Frankenth.	—.—	—.—

Industrien.

Der Preis für Zink ist auf 650 M festgesetzt worden.

Kapitalserhöhung der Daimlerwerke Untertürkheim. In der gestrigen außerordl. Generalversammlung ist beschlossen worden, das bisherige Aktienkapital von 32 Millionen Mark um weitere 32 Millionen Mark zu erhöhen. Die neuen Aktien werden von einem Konsortium übernommen werden und den alten Aktionären zu 110 angeboten.

Rheinische Elektrizitäts-A.-G., Mannheim. In Ausführung des Generalversammlungs-Beschlusses, das Grundkapital um M 5 auf 16 Mill. zu erhöhen, fordert die Gesellschaft nunmehr zur Ausübung des Bezugsrechts bis einschl. 6. Februar auf. Die neuen, ab 1. August 1919 dividendenberechtigten Aktien werden den alten Aktionären i. V. von 5 zu 2 zu 107 Prozent angeboten.

Versicherungswesen.

Verein deutscher Oelfabriken, Mannheim. Wie verlautet, ist auf der Fabrik in Spyk (holl. Grenze) ein Brand ausgebrochen. Das Gebäude mit dem Saatenlager ist vernichtet, die Fabrikanlage unversehrt. Der Schaden sei genügend versichert.

„Cession" Rückversicherungs-Aktiengesellschaft. Wie man uns mitteilt, verlegte das mit 1 Mill. Mark Grundkapital arbeitende Unternehmen seinen Sitz von München nach Konstanz. — Auch die Süddeutsche Rückversicherungs-Aktiengesellschaft mit einem Grundkapital von 6 Mill. Mark verlegt ihren Sitz von München nach Konstanz.

Geldmarkt.

Amerikanische Finanzhilfe für Oesterreich. Es verlautet, daß der amerikanische Schatzsekretär dem Kongreß eine Vorlage unterbreitet habe über eine Anleihe von 70 Millionen Dollars für Oesterreich.

Warenmarkt.

Der Brotpreis in Belgien wurde auf 1 Franken für das Kilogramm festgesetzt.

Email-Geschirre
werden dauerhaft repariert
Autogene Schweißarbeiten werden ausgeführt
Kaiser Allee 95 Telephon 1748

Kaufgesuche

Zu kaufen gesucht: besseres Schlafzimmer, Hrn.-Wohnzimmer-Einrichtung, od. einz. Möbelstücke, fein. Gegrock-Anz., Damenfahrrad. Ang. u. Nr. 7728 i. Tagblattbüro.

Schlafzimmereinrichtg. z. Preise v. 3000—4000 M u. Flurgarderobe zu kauf. gesucht. Ang. unt. Nr. 7732 ins Tagblattbüro erbet.

Zu kaufen gesucht ein gutes Bett und Schrank. Angebote unt. Nr. 7701 ins Tagblattbüro erbet.

Deckbett, wom. m. Kissen, Kinderwag. zu k. gesucht v. Privat. Gefl. Angebote unt. Nr. 7666 ins Tagblattbüro erbet.

Zu kauf. ges.: Buffet, Diwan, Vertiko, Spiegelschrank, gute Bett., Flurgarderob., Schreibt. Dipl., einzel. Matratzen u. Federbetten, Küchenschrank, Tisch, Stühle, gr. Spiegel, feiner Herrenanzug. Angebote unt. Nr. 7727 ins Tagblattbüro erbet.

Gesucht: Möbel Vertiko oder Kommode, Schreibtisch, Kinderbett, Sofa, Spiegel. Angebote unter Nr. 7726 ins Tagblattbüro erbeten.

Diwan u. Sofa mit und ohne Sessel zu kaufen gesucht. Angebote unter Nr. 7533 ins Tagblattbüro erbet.

Federbett, Schrank, Bettücher zu kaufen gesucht. Angebote unter Nr. 7691 ins Tagblattbüro erbeten.

Piano, gut erhalten, zu kaufen gesucht. Doege, Rheinstraße 78, Baden.

Gutes Piano zu kaufen gesucht. Angebote mit Preis unter Nr. 7711 ins Tagblattbüro erbeten.

Piano sofort gegen Kasse zu kaufen gesucht. Angeb. mit Preis unt. Nr. 7635 ins Tagblattbüro erbet.

Sekretär älteres Stück, zu kaufen gesucht. Angebote unter Nr. 7715 ins Tagblattb.

Ausziehtisch zu kaufen ges. Angeb. m. Preisang. Sofienstr. 49 III

Eine gute Wanduhr u. eine Standuhr. mittl. Tönung, zu kauf. gesucht. Angeb. u. Nr. 7702 ins Tagblattbüro.

Tadellos erhalt. Nähmaschine zu kaufen ges. Angebote unt. Nr. 7716 ins Tagblattbüro erbet.

Schreibmaschine dringend zu kaufen oder zu leihen gesucht! Für Besorgung hohe Belohnung. Angeb. unt. Nr. 7706 ins Tagblattbüro erbet.

Alte Bilder-Rahmen und Gläser, Spiegel kauft Landmesser, Ludwig-Wilhelmstr. 17.

Größerer Handpritschenwagen gut erhalten, sofort zu kaufen gesucht. Angeb. unt. Angabe der Größe und des Preises an K. L. Stern & Sohn, Karlsruhe.

Eine Dezimalwage gebraucht, auch wenn etwas reparaturbedürftig, zu kaufen gesucht. Tragkraft 200—300 Kilo. Angebote an Otto Beyer, Marienstr. 82, 1. St.

Guterhaltener Sport-Koffer (Reisetasche), mittl. Gr., mögl. Leder, zu kauf. ges. Angeb. mit Preisang. u. Nr. 7721 t. Tagblattbüro.

Bett-Leib- u. Tischwäsche aus gutem Hause zu kaufen gesucht. Preisangeb. Sofienstr. 49, 3. Stock.

Wohnhaus oder Villa.
Sehr gut erhaltenes, nur neueres Wohnhaus oder Villa, möglichst Sommerseite, 5—6 Zimmer-Wohnung, Bad etc., elektr. Licht, im Zentrum der Stadt, nächst der elektr. Straßenbahn, Westend-, Riefstahl-, Bismarck-, Kriegstraße zu kaufen gesucht.
Angebote mit Kaufpreis unter Nr. 7714 ins Tagblattbüro erbeten.

6 Zimmerhaus
oder kleinere Villa, mit Garten in gediegener neuzeitl. Ausstattung und in bester Stadtlage bei jeder Anzahlung zu kaufen gesucht.
Angebote an Architekt H. Zelt, Veilchenstraße 19, Telephon 2941 erbeten.

Gold- u. Silbergeld
Mache darauf aufmerksam, daß ich jedes andere Ueberangebot stets auch bezahlen werde.

Zahle für ½ Mark	Mk.	4.—
„ „ 1 Mark	Mk.	8.—
„ „ 2 Mark	Mk.	16.—
„ „ 3 Mark	Mk.	24.—
„ „ 5 Mark	Mk.	40.—
„ „ 10 Mark Gold	Mk	125.—
„ „ 20 Mark Gold	Mk.	250.—

NB. Dieses Geld wird an eine deutsche Silberwarenfabrik abgeliefert und kommt nicht nach dem Ausland.
L. Theilacker, Goldwaren, nur Hebelstraße 23, gegenüber Café Bauer.

Weißzeug, Diwan, verschiedene Möbel zu kaufen gesucht. Angebote unter Nr. 7690 ins Tagblattbüro erb.

Gartenzaun von Draht oder Holz zu kaufen gesucht. Angebote unter Nr. 7705 ins Tagblattbüro erbeten.

Anzug, Hemden, Schuhe f. jg. Mann, 18—20 Jahre zu kauf. gesucht. Ang. unt. Nr. 7731 t. Tagblattbüro.

Zahngebisse, Gold- u. Silbergeld
kauft zu den höchsten Tagespreisen. Zahle so viel wie jede Konkurrenz. Kaufe von dem kleinsten bis zum größten Quantum.
J. Samsson, Rudolfstraße 23 (Laden).

Gold- u. Silbergeld
im Auftrage einer großen hiesigen Firma bin ich imstande zu zahlen:

Für ½ Mark	Silbergeld	3.75	M
„ 1 „	„	7.50	M
„ 2 „	„	15.—	M
„ 3 „	„	22.50	M
„ 5 „	„	37.50	M
„ 10 „	Gold	125.—	M
„ 20 „	Gold	250.—	M

bei Aenderung auch höher.
J. Gelman, Zähringerstraße 36, Ecke Waldhornstraße. Telephon 1236.

Platina! Gold- u. Silbergeld!!

Zahle für ½ Mark	4.—	Mk.
„ „ 1 Mark	8.—	Mk.
„ „ 2 Mark	16.—	Mk.
„ „ 3 Mark	24.—	Mk.
„ „ 5 Mark	40.—	Mk.
100 Mark Silbergeld	800	Mk.
10 Mark in Gold	126	Mk.
20 Mark in Gold	252	Mk.
Platina pro Gramm	150	Mk.

Wilde, Kreuzstraße 16.
Das Geld ist für eine deutsche Fabrik.

Große helle Räume
zu Fabrikzwecke geeignet, in hiesiger Stadt zu kaufen oder zu mieten gesucht. Angebote unter Nr. 7713 ins Tagblattbüro erbeten.

Kisten
große und mittelgroße, jeden Posten zu kaufen gesucht. Angeb. unt. Nr. 7723 ins Tagblattbüro.

Ziegenmilch 1—2 Liter tägl., anfangs Febr. od. später zu kauf. gesucht. Angebote unter Nr. 7704 ins Tagblattb.

Gänselebern werden fortwährend angekauft G. Bleek, geb. Stürmer, Erbprinzenstr. 21, II.

Gänselebern werden fortwährend angekauft A. Möser, Kreuzstr. 20.

Bücherankauf.
Einzelne Bücher und ganze Bibliotheken.
Braunsche Hofbuchhdlg. A. Troschütz, Karlsruhe, Kaiserstr. 58, Fernsprecher 1237.

1 Fischhammen zu kaufen gesucht. Angebote unter Nr. 7712 ins Tagblattbüro erbet.

Gänselebern kauft bis zu M 52.— per Pfund: Karlstr. 12, 2. Stock.

Weinhefe
kauft laufend Max Homburger, Branntweinbrennerei Karlsruhe.

Silbergeld zum Einschmelzen kauft jed. Quantum, zahle für eine Mark 6.10 M. Zusendung in Nachnahmepaket. Persönl. Anlieferung großer Posten. Reisevergütung. Vorher. Anmeldung erwünscht. Haig, Eßlingen, Bahnhofstraße 16.

Taschen-Uhren wenn auch reparaturbedürftig, werden stets angekauft in Weintraud's An- u. Verkaufsgeschäft, Kronenstraße 52.

Für Felle aller Art sowie Roßhaare zahlt die anerkannten Höchstpreise. Leipziger Fellhaus, Meier, Waldhornstr. 62, 2.

Möbel aller Art, Altertümer, Gold, Silber, Münzen, Edelsteine, ganze Haushaltungen kauft das Au- u. Verkaufsgesch. Neukam, Lammstr. 6 im Hof. Telephon 3546.

Sämtliche Sorten Felle kauft zu höchsten Tagespreisen M. Kleinberger, Karlsruhe, Schwanenstraße 11. Tel. 835. Tel. 835.

Lumpen werden mit 80 Pfg. und mehr per Kilo bezahlt Schützenstr. 73. Tel. 5557.

Flaschen, Lumpen Papier, Felle, Rohhaare, Keller- und Speicherkram kauft Feuerstein, Fasanenstraße 26. Telephon 3431.

Ihre Zukunft Gegenwart, Vergangenheit, Lebensschicksal usw. bestimme ich Ihnen genau im Vorausdurch Astrologie. Näh. geg. 80 Pfg. Briefm. Institut für Astrologie Berlin SW. 68, C. 12.

Bettnässen wird sofort beseitigt. Jedermann erhält kostenlose Auskunft nach Angabe von Alter und Geschlecht. Dr. med. Th. Eisenbach, München Zenwanthalerstr. 43, A. 25.

Heiraten in allen Kreisen besorgt rasch und reell das bestbewährte Institut Frau Rosa Moraich, Karlsruhe, Kaiserstraße 161, 3 Stock. Auch Sonntags geöffnet. Fräulein oder Witwen mit Vermögen von Stadt u. Land werden um Angabe ihrer Adressen gebeten.